

## Das Depardieu-Syndrom

- Frankreichs „Krieg gegen Besserverdiener“ ist das falsche Signal für Europa
- und wirft zugleich ein Licht auf den Stand seiner Krise –

### Summary

*This essay is concerned with the case of French actor Gerard Depardieu, who „emigrated“ to Russia in early 2013 in protest against France’s new 75 % tax on top incomes. The case, part of Europe’s crisis phenomenology and symptom of a changing European society, triggered intense debate and partly fierce, class-struggle like rhetorics from all parts of current French society, as well as unusual interest and participation from other European countries like Germany, Italy and the UK. The reason why such a „contextual political“ case of in principle low (or no) importance for classical institutional and party politics became an icon of contemporary European crisis psychology is that it was seen as embodiment of basic questions on the continent’s future by all parts of the socio-political spectrum – and of course because it was as entertaining as ambivalent and profound in its implications. The essay takes the case as a point of departure for problematizing some key questions of contemporary Europe like its crisis management, its austerity politics, the future of the relationship between freedom and equality on a continent that features the highest taxes in the world, as well as the options of a „Europe lite“ and the rising differences between European citizens from different nations that lead to the weakening of an already poorly developed European identity.*

### Résumé

*À la fin de l’année 2012, une affaire révélatrice de nombreux aspects de la crise européenne a fait grand bruit en France : l’affaire Gérard Depardieu. L’« émigration » du célèbre acteur français en Russie, par protestation contre une nouvelle taxation à 75 % prévue par François Hollande pour les personnes à hauts revenus, a ouvert un débat de fond sur l’avenir du continent, aussi divertissant que probant et approfondi. Mais derrière le débat sur le nouveau système d’imposition français, qui a dégénéré comme rarement, se cachait une problématique bien plus vaste : l’avenir de la relation entre l’égalité et la liberté en Europe, considéré par chacune des parties impliquées comme le noyau de la question fiscale et comme déterminant s’agissant des perspectives de la crise européenne. En s’appuyant sur une affaire bien précise, cet essai analyse quelques-uns des aspects fondamentaux de la question européenne actuelle, parmi lesquels l’apparition d’une société de classes des citoyens européens, la relation entre les États gagnants et les États perdants, ainsi que les possibilités d’une « Europe lite », d’une union fiscale et d’une union politique.*

## I. Einleitung

Im sozialistischen Frankreich *Francois Hollandes*, neben Deutschland einer der beiden „Führungsstaaten“ der Eurozone und Teil der kontinentalen „Kernachse“ Europas, gab es zur Jahreswende 2012-2013 nur drei Themen: 1. Die Schuldenkrise mit Herabstufung Frankreichs durch die internationalen Ratingagenturen, Steuererhöhungen und harten Sparpaketen; 2. die Zukunft der europäischen Union, einschließlich der Spaltung zwischen Euroländern wie Frankreich und Nichteuroländern wie Großbritannien sowie der französischen Infragestellung der Dominanz des Finanzplatzes London im globalen Eurohandel; und 3. den Fall *Gerard Depardieu*.

Mit letzterem ist die aufsehenerregende Abwanderung kultureller Ikonen ins Ausland gemeint – unter dem Druck von auf Rekordsummen steigenden Steuern und wachsender innereuropäischer Steuerunterschiede. Insbesondere die von *Hollande* geplante 75 % Spitzensteuer für Besserverdiener sorgte für monatelange gesellschaftliche und kulturelle Grundsatzdiskussionen und Proteste, darunter eben am öffentlichkeitswirksamsten des bekanntesten Schauspielers Frankreichs – aktiv unterstützt von anderen Filmikonen wie *Catherine Deneuve* und *Brigitte Bardot*, aber auch von Industriellen, Finanzakteuren und Unternehmern. Im Hintergrund der mit seltener Intensität und Zuspitzung geführten Debatte um das neue Steuerniveau Frankreichs stand weit Umfassenderes: das künftige Verhältnis von Gleichheit und Freiheit in Europa, das von allen Beteiligten als Kern der Steuerfrage und als mit ausschlaggebend für den Ausgang und die Perspektiven der europäischen Krise angesehen wurde. Daher wurde die Steuerfrage in der Debatte direkt mit Kultur- und zivilreligiösen Fragen verbunden. Die Folge waren nicht nur für das säkular-postmoderne Europa in dieser Form seltene politikphilosophische Grundsatzdebatten in der Öffentlichkeit sowie filmreife Überraschungs-Wendungen in einer Art persönlichem Rebellionskrimi, sondern – weit wichtiger – auch die Verschärfung des Tons der öffentlichen Debatte auf eine neue Klassenkampfrhetorik sowie Anzeichen einer ideologischen Polarisierung.

Wie sich bei genauerem Hinsehen zeigt, handelt es sich bei alledem aber – über den Tagesanlass hinaus – nicht um viele Themen, sondern nur um ein einziges. Denn alle diese Aspekte und Dimensionen von Europas Krise hängen in Ursachen und Perspektiven eng zusammen. Gerade in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit werfen sie ein Licht auf den aktuellen Stand von Europas Krise – und auf die unsicheren Erfolgsaussichten der bisherigen Bewältigungsmaßnahmen. Vorhaben wie die im Volksmund „Strafsteuer“ genannte 75 % Spitzensteuer *Hollandes* sind nicht nur Symptome eines gesamteuropäischen Trends, sondern tragen dazu bei, dass Europas Krisenbewältigung mit Blick auf ihre konzeptuellen Grundlagen und langfristigen Wirkungen ausserhalb Europas zunehmend mit Skepsis aufgenommen wird – und zwar nicht nur in seltenem Gleichschritt von den neuen „G-2“ USA und China.

## II. Jagdstimmung

Wie im Wahlkampf 2011-2012 unter dem Eindruck des Höhepunkts der Schuldenkrise mit stark populistischem Seitenblick versprochen, erließ Frankreich unter der am 6. Mai mit nur etwas mehr als der Hälfte der Stimmen (51,6 %) gewählten sozialistischen Re-

gierung *Francois Hollandes (parti socialiste)* in der zweiten Jahreshälfte 2012 ein Gesetz, das die Einkommenssteuern ab einer Million Euro von bisher 46,8 % auf den einmaligen Rekordwert von 75 % hinaufsetzt. Die Regierung propagierte dies als „Solidarität der Besserverdienenden zur Sanierung des Staatshaushalts“ und als „vom Volk verordnetes Signal französischen Patriotismus“.<sup>1</sup> Sie hatte im Wahlkampf aber auch davon gesprochen, damit ein international wahrnehmbares Signal des Schulterschlusses zur Rettung des Euro setzen zu wollen. Das Gesetz sollte zum 1. Januar 2013 in Kraft treten, wurde aber drei Tage vorher, am 29. Dezember 2012, vom französischen Verfassungsrat wegen Formfehlern bei Berechnungsfragen suspendiert. Der Verfassungsrat forderte statt der Anwendung auf Personen die Anwendung auf Haushalte, sowie eine Änderung der Detailberechnung des Einkommens. Die Regierung plante daraufhin Korrekturen, wollte das Gesetz aber im Kern unverändert zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Kraft setzen.

Interessant an diesem Gesetz waren weniger seine Details noch die durch es einzuhebende Summe, von der alle von Anfang an wussten, dass sie für die Schuldentilgung wenig relevant sein würde. Interessant war vielmehr der von der Regierung bewusst intendierte öffentliche Prozess, der den entsprechenden Beschluss sowie die Proteste begleitete. Denn in diesem Prozess sammelten sich unüblich viele Elemente, die für den Stand und die Zukunftsoptionen von Europas Krise charakteristisch sind.

So ging zur Durchsetzung des Gesetzes proportional zur öffentlichen Aufwertung der Willigen eine in der bisherigen politischen Kultur Frankreichs weitgehend unbekannte propagandistische Abwertung der Unwilligen einher. Wie *Premierminister Jean-Marc Ayrault* im Dezember 2012 verlauten ließ, sieht die neue sozialistische Regierung all jene, die mit der Höhe dieser Steuer nicht einverstanden sind, als „unpatriotisch“ und „ziemlich erbärmlich“ an. Ihnen mangle es nicht nur an „gemeinschaftlicher Moral“, sondern viel grundsätzlicher noch an Vaterlandsliebe, ja Franzosentum.<sup>2</sup> Um die Proteste abzuschwächen, ließ sich die Regierung um Weihnachten Kopf um Kopf flächendeckend von den eigenen Steuerbehörden auf Steuerhinterziehung überprüfen, wobei bereits der Verdacht der Existenz eines Schweizer Kontos auch nur in der Vergangenheit in den Medien als potentielle Schuld eingestuft wurde, mit Zeigefinger auf den „Sünder“ und heftigen Dementis. Dass in Europa der Besitz ausländischer Konten auch in der assoziierten Schweiz im Prinzip erlaubt und an sich kein Schuldbeweis ist, ging dabei weitgehend unter. Unabhängige Beobachter konnten sich angesichts der Art und Weise der Steuerdiskussion im weihnachtlich kühlen Paris des Eindrucks einer hysterischen Jagdstimmung mit gewissen Anflügen von Hexenjagd oder gar „säkularer Inquisition“ kaum erwehren.

1 *S. Lehnartz*: Brief an Premier: Depardieu will kein Franzose mehr sein. In: Die Welt, 16.12.2012, <http://www.welt.de/vermischtes/article112055678/Depardieu-will-kein-Franzose-mehr-sein.html>.

2 *G. Depardieu*: Steuerstreit: Ich verschwinde, ich bin ein freier Mensch. In: Die Welt, 17.12.2012, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article112083178/Ich-verschwinde-ich-bin-ein-freier-Mensch.html>.

### III. Abwanderung

Kombiniert mit anderen Steuerlasten veranlasste die neue 75 % Einkommenssteuer viele der bekanntesten und erfolgreichsten Franzosen noch vor dem Jahreswechsel abzuwandern oder ihre Abwanderung vorzubereiten, soweit sie nicht ohnehin bereits im Ausland leben. Insgesamt wurde mit einer Abwanderung von mindestens 50.000 Personen gerechnet, obwohl die Spitzensteuer bei Inkrafttreten zum 1. Januar 2013 laut Regierungsschätzungen nur 1500 Personen getroffen hätte und zunächst nur für zwei Jahre geplant war. Ein gefundenes Fressen für die Presse – und zwar ausnahmsweise nicht nur die Boulevardpresse, sondern in seltener Einigkeit auch für den kritisch-seriösen Journalismus, der daraus Ikonographien des zeitgenössischen Frankreich konstruierte: je nach politischer Inklinaton anteilnehmend, ablehnend oder persönlich strafend.

Darunter ragte in der öffentlichen Diskussion zur Jahreswende der Fall des Schauspielers *Gerard Depardieu* (geboren 1948) hervor. *Depardieu*, inzwischen 63, wurde über mehr als 45 Jahre internationalen filmischen Ruhms zur kulturellen Ikone Frankreichs, ja zum Inbegriff zeitgenössischen „Franzoseutums“ wie einst *Jean Gabin*, *Jean-Paul Belmondo*, *Edith Piaf* oder *Charles Aznavour*. Wie viele andere kündigte er an, mit Beginn der 75 % Steuer am 1. Januar 2013 den Weg ins Ausland, und zwar in die belgische Grenzregion zu wählen. Doch er tat das im Unterschied zu anderen nicht leise, sondern unter lautem Protest und mit öffentlichen Briefen an die Regierung. Er stellte als Reaktion auf die 75 % Steuer nicht nur seine Pariser Stadtvilla zum Verkauf, sondern kündigte darüber hinaus an, seinen Pass zurückgeben zu wollen, weil er kein Franzose in einer Neidgesellschaft mehr sein wolle. Das Frankreich unter *Hollande* sei nicht mehr sein Frankreich, da es Talent und Erfolg bestrafe und einen sozialen Krieg zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht nur hervorrufe und begünstige, sondern sogar aktiv unterstütze. Dabei sei die Regierung überaus knapp nur von etwas mehr als der Hälfte der Franzosen gewählt worden, maße sich aber massive, disproportional zu ihrem Repräsentationswert stehende Eingriffe in die bestehende soziale Balance der – als solcher nicht parteigebundenen – offenen Gesellschaft an. *Depardieu* wollte auch seine Sozialversicherungsnummer zurückgeben, die er in 45 Jahren nie benutzt habe, wogegen er 145 Millionen Steuern bezahlt habe, ohne je dem Staat zur Last zu fallen, und 80 Leute beschäftige. Als Gegenleistung beraube die sozialistische Regierung nun Menschen wie ihn, und bewiese damit nur, dass die Linke in Frankreich nicht – wie in anderen Ländern – sozialdemokratisch, sondern in der Tat im engsten Sinne sozialistisch sei.<sup>3</sup>

*Depardieu* stilisierte seinen Fall – mit dankbarer Hilfe der umso sensationsheischen-deren Medien, je länger die Debatte dauerte – nicht nur zum allgemeinen Gesellschafts- und Kultursyndrom, sondern zum Teil der historischen Zeitphänomenologie, ja zur grundlegenden Ideologie- und Gerechtigkeitsfrage für Europas Zukunft. Dabei ergaben sich Fluchtlinien an der Grenze zwischen Groteske und Komödie, wie etwa die Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an *Depardieu* durch den autoritären Machthaber der europäisch-nichteuropäischen Rohstoff-„Randmacht“ Russland, *Vladimir Putin*, am

3 Vgl. dazu *A. Seibel*: Gérard Depardieu: Legitime Flucht vor der Gier des Staates. In: Die Welt, 18.12.2012, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article112086506/Legitime-Flucht-vor-der-Gier-des-Staates.html>.

3. Januar 2013 mit dem unverhohlenen Hinweis, wie einst die Zaren verdienten Europäern, die in ihren Heimatländern diskriminiert würden oder unverstanden blieben, großzügig zu helfen. *Depardieu* hatte den Antrag trotz seines Hinweises auf Auswanderung nach Belgien insgeheim im Dezember selbst gestellt, um statt 75 % in Frankreich oder 56 % in Belgien letztlich nur mehr die russische Höchststeuer von 13 % zu zahlen. Unmittelbar nach der personalisierten „Urteilsverkündung“ *Putins* in den Medien teilte ein dankbarer *Depardieu* öffentlich mit, er bestätige den Antrag und sei froh über das Steuerasyl, das ein Bürgerasyl sei. Und er werde sofort damit beginnen, Russisch zu lernen.<sup>4</sup> Im Februar gab er zu allem Überflus seine „große Freundschaft“ mit dem tschetschenischen Diktator *Ramsan Kadyrow* bekannt, der ihm eine 5-Zimmerwohnung in Saransk geschenkt hatte.<sup>5</sup> Seine Kollegin *Brigitte Bardot* legte wenige Tage später nach: Sie wolle *Depardieu* nach Russland folgen und ebenfalls einen russischen Pass beantragen. Russlands Premierminister *Dmitri Medwedew* antwortete, man werde die Höchststeuer sicher nicht erhöhen, und sein Vize *Dmitri Rogozin* erwartet nun stolz eine „Massenmigration von reichen Europäern nach Russland“. Sie seien alle willkommen.

Trotz dieser Groteske eines nur allzu offensichtlich „unmoralischen Moralisten“ wie *Depardieu* – von dem die meisten französischen Bürger allerdings auch nichts anderes erwarteten – wurde der Fall international im Grundsätzlichen weitgehend ernsthaft diskutiert. Und obwohl *Depardieu* sowohl in Auftreten wie in Argumentation übersensibel wie eine Diva und starsinnig wie ein Märtyrer agierte (wobei insbesondere letzteres wenig zu öffentlicher Figur, Person und Charakter passte), zeigten Umfragen, dass die überwiegende Mehrheit nicht nur der Franzosen, sondern auch der Italiener, Deutschen und Europäer Anfang 2013 in der Sache auf seiner Seite standen – darunter auch viele derjenigen, die *Hollande* im Mai 2012 gewählt hatten. Sie sahen die 75 % Steuern mit gemischten Gefühlen, obwohl sie selbst davon (noch) nicht direkt betroffen sind. Viele sahen – und sehen – in den neuen, bewusst symbolisch gemeinten Steuersätzen darin sogar eine Bedrohung von Europas Zukunft. Eine Minderheit dagegen hielt die Spitzensteuer für notwendig und beispielhaft für den „ureigensten europäischen Weg“.

Die Spaltung und die in solcher Intensität seltene Polarisierung europäischer Bevölkerungen am Fall *Depardieu* war vielleicht das Bemerkenswerteste an ihm. Sie gab die gemischte Stimmung – sowohl in Hintergründen wie in Perspektiven – im „Austerity“-Europa vielleicht wie kaum eine andere Kultur- und Sozialphänomenologie desselben Zeitraums wider. Inwiefern? Und vor allem: Warum?

4 Dapd: Frankreich: Depardieu nimmt russischen Pass mit großer Geste für Putin an. In: Die Welt, 4.1.2013, <http://www.welt.de/newsticker/news3/article112409536/Depardieu-nimmt-russischen-Pass-mit-grosser-Geste-fuer-Putin-an.html>.

5 J. Smimova: Tschetschenien: Gérard Depardieu besucht seinen Autokratenfreund. In: Die Welt, 25.2.2013, <http://www.welt.de/politik/ausland/article113898346/Gerard-Depardieu-besucht-seinen-Autokraten-Freund.html>.

#### IV. Das Depardieu-Syndrom: Sieben Problem- und Themenkreise für Europas Zukunft – in einer einzigen Phänomenologie

Die Antworten setzen sich aus vielen Puzzleteilen zusammen. Auch wenn man den Fall *Depardieu* nicht wie der Schauspieler selbst sehen will, und auch wenn die Spitzensteuer im letzten Augenblick vor Inkrafttreten suspendiert wurde, wirft ihre bloße Verabschiedung durch das Parlament (und vermutlich nur verzögerte Einführung) über ihre symbolischen Wirkungen in Sozialpsychologie und Gesellschaftsatmosphäre hinaus doch in der Tat ein Licht auf mehrere bedeutsame Problem- und Themenkreise für Europas Zukunft, deren Ausdruck er direkt oder indirekt ist, oder die er im Kern berührt. Im Fall *Depardieu* versammelten sich zur Jahreswende 2012-2013 zumindest *sieben* Dimensionen, die zwar nicht repräsentativ, aber doch indikativ für Europas Gegenwart und Zukunft sind.

*Erstens* kann man die Höhe der Besteuerung in Europa an sich hinterfragen, die in den Spitzensteuersätzen nur die Spitze des Eisbergs hat. Sie ist inzwischen grenzwertig proportional zu seiner Sozialstaatlichkeit, also zu seinem ureigensten positiven Kennzeichen gegenüber dem Rest der Welt, dem die Besteuerung im Kern dient. Europa ist heute, kombiniert man direkte und indirekte Belastungen wie Einkommens- und Vermögenssteuern, Energie- und Mehrwertsteuern sowie Unternehmenssteuern und Arbeitskosten, die steuerintensivste geopolitische Zone der Welt. Spitzensteuersätze haben dabei meist Lenk- und Trendfunktion für andere Steuersätze. Dass Spitzenverdiener wie *Depardieu* ihnen ausweichen, ist nicht „unnatürlich“, sondern ihr Recht, sofern es mit EU-Bürgerrechten vereinbar ist.

Bei der Beurteilung von Steuerlasten gilt es *zweitens* den Unterschied zwischen den Gewinner- und Verliererländern des Euro zu berücksichtigen, der in den vergangenen Jahren zu völlig unterschiedlichen Belastungsentwicklungen innerhalb der Eurozone geführt hat. Während die Belastungen in den Verliererländern wie Italien, Spanien oder Portugal kontinuierlich auf Rekordwerte steigen, sinken sie tendenziell in den Gewinnerländern Deutschland und Österreich – auch 2013. Die entsprechende Schere geht immer weiter auseinander. Das führt zu großen Personenbewegungen innerhalb Europas vor allem im Bereich der Hochqualifizierten, Begabten und Gebildeten.

Der Fall *Depardieu* ist dabei kein Einzelfall: Wer es sich leisten kann und aufgrund Qualifikation entsprechend international mobil ist, wandert von einem Verlierer- in ein Gewinnerland des Euro ab, um die Vorteile zu genießen. Das ist im Prinzip kein Skandal und auch kein „Verrat“ oder Zeichen fehlender „Moral“, sondern die logische Entwicklung immer unterschiedlicherer Länder-Entwicklungen innerhalb ein und derselben Währungszone, bei freiem Niederlassungsrecht und juridischem Vorrang des Individual- vor dem Kollektivprinzip im modernen Europa.

Warum aber diese Auseinanderentwicklung innerhalb ein und derselben Währungszone? Müsste sich diese nicht relativ einheitlich entwickeln oder jedenfalls Unterschiede eher ausgleichen als verschärfen, und Einheit statt Konkurrenz zwischen den Staaten Europas fördern – was ja auch der Plan ihrer Einführung war?

Die Antwort lautet: nein. Die Einführung des Euro hat zwar (zumindest in der Inkubationsphase der ersten Jahre, in denen sich das Handelsvolumen aufgrund des Wegfalls von Umrechnungsverlusten und Grenzhindernissen intensiviert) den Wohlstand der meisten Länder insgesamt vermehrt und ihren Austausch gefördert, aber auch die Un-

terschiede akzentuiert. Die Gewinnerländer sind die strukturstarken Länder des Nordens der Eurozone, die vom Euro nicht nur aufgrund ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit, sondern auch deshalb gewannen, weil sie ihre Produkte umrechnungsfrei in die Südstaaten ausführen konnten. Die Verliererländern sind die Südstaaten des Euro, die nicht dieselbe Konkurrenzfähigkeit (z.B. Lohnstückkosten, Innovation, Technologie) haben, aber wegen der Währungsgemeinschaft mit dem strukturstärksten Land der Welt, Deutschland, keine Spielräume der Adjustierung von Unterschieden in Währungsschwankungen mehr haben und daher international durch den Euro eher an Konkurrenzfähigkeit verloren haben. Sie zahlen außerdem einen sehr hohen Preis dafür, ihre Staatshaushalte, insbesondere ihre Kreditwürdigkeit, auf der Grundlage fehlender Spielräume auf dem Niveau der Siegerstaaten zu halten, die mit ihnen faktisch, obwohl im selben Währungsraum, um internationale Kredite konkurrieren. Das geht nur über extreme Steuererhöhungen – wie eben die 75 % Steuer in Frankreich –, Entlassungen und zurückgehende Staatsausgaben.

Die daraus hervorgehende Paradoxie zeigt sich unter anderem daran, dass das Führungsland der Eurozone, Deutschland, 2012 seine Staatsanleihen, einmalig in der Geschichte, um Minusprocente verkaufte, während zugleich die Südstaaten, einschliesslich des „big players“ (der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone) Italien, um die 7 % bezahlen mussten, also knapp vor dem Zusammenbruch standen.

Ergebnis? Während die Gewinnerländer aus dem Euro eine Spirale nach oben zogen, entstand für die Verliererländer eine Spirale nach unten. Diese Entwicklung war in vielerlei Hinsicht bereits bei der Einführung des Euro vorgegeben, und zwar aus den Gesetzen des Kapitalismus und der Währungslogiken selbst. Denn wenn man ein sehr strukturschwaches Land wie Griechenland und ein sehr strukturstarkes Land wie Deutschland ohne ausgleichende gemeinsame Regierung in dieselbe Währungszone gibt, entsteht – ohne ausgleichende politische Hand, gemeinsames Wirtschafts- und Finanzministerium, Bankenunion und gemeinsame Schuldenaufnahme und -haftung – eine „wilde“ kapitalistische Dynamik zwischen den Mitgliedsländern, die immer darin besteht, dass die Hütte ärmer und der Palast reicher wird. Wenn freie Marktkräfte den Zufluss von Kapital regeln und ein unproduktives und produktives Land dieselbe Währung ohne gemeinsame Regierung teilen, wird das unproduktive unproduktiver und das produktive produktiver – solange das unproduktive vom produktiven Geld leihen kann, um damit seine Produkte zu kaufen. Das Ergebnis ist, dass das produktive Land mehr produzieren kann, um es dem unproduktiven Land zu verkaufen, und damit Gewinne macht – während das unproduktive Land die Produkte des produktiven um Geld kauft, das es von diesem geliehen hat. Das ärmere Land kann dann zwar dieselben Produkte wie das reichere genießen, ohne sie sich im Grunde „verdient“ zu haben; aber es hat dafür wachsende Schulden, die es aus eigener Kraft nicht begleichen kann, da aufgrund der zu starken Währung seine qualitativ schlechteren Produkte vom reichen Land und von anderen Ländern nicht gekauft werden können, aber auch nicht billiger werden können durch Währungsabwertung. Das reichere Land dagegen hat an der Produktion und am Verkauf von Gütern in das ärmere Gewinn gemacht; und es behält die Schulden des ärmeren Landes und seine Zinszahlungen, gewinnt also doppelt. Die entsprechende Entwicklung verstärkt sich bei fortdauernder Entwicklung und vergrößert die Unterschiede immer mehr.

Die Welt hat diese Dynamik, die die Innenentwicklung der Eurozone in den vergangenen Jahren prägte, aber erst in den Krisenjahren seit 2007 voll hervortrat und seitdem eine kritische Phase erreichte, längst verstanden – Europa offenbar noch immer nicht. Diese Dynamik ist nicht alleine für die nicht enden wollende Krisenentwicklung der Eurozone verantwortlich, aber ein Faktor unter mehreren in einem international komplexeren Bild. Manche US-Analytiker sehen die Tatsache, dass Deutschland bei Einführung des Euro die D-Mark weit unter Wert umgetauscht hat, sogar als Hinweis darauf, dass den damaligen Verantwortlichen die bevorstehende Entwicklung in Gewinner- und Verliererstaaten – bei weiterhin fehlender gemeinsamer Einheitsregierung, Schuldenpolitik und Haftung – bekannt war und sie dies als ausgleichende Vorbeugemaßnahme ansahen. Die meisten US-Analytiker würden heute sagen, dass der Grundfehler am Ursprung der Eurokrise weniger die Aufnahme Griechenlands und anderer strukturschwacher Länder war, sondern die Einführung einer Gemeinschaftswährung für stark unterschiedlich produktive und konkurrenzfähige Wirtschaften ohne gemeinsame Regierung. Das war zwar gut gemeint und, wie der Nobelpreis 2012 an die EU zu Recht hervorhob, eine Maßnahme der innereuropäischen „Friedensstiftung“, musste aber die Ungleichgewichte eher verschärfen als glätten. Es führt heute in gleichsam „natürlicher“ Weise zu „Migrationsphänomenen“ wie im Fall *Depardieu*, die nur die Spitze des Eisbergs darstellen und nur jene überraschen, die diese Entwicklung nicht aus der bloßen Paradoxie von Einheitswährung ohne Einheitsregierung heraus vorhergesehen haben.

Das alles ist *drittens* ein beunruhigendes Symptom des immer rascher fortschreitenden Gefälles zwischen den europäischen Ländern, das nicht zu größerer Einheit, sondern zur Spaltung Europas tendiert. Europa ist schon rein fiskalisch und in der Belastungsverteilung 2013 nicht auf dem Weg zu „Vereinigten Staaten“, auch nicht zu einer „Europäischen Föderation lite“ (*Emma Bonino und Marco de Andreis*),<sup>6</sup> das heißt zu einer stärkeren Union in ausgewählten Fragen zwischen ungefähr gleich strukturstarken Ländern bei eurointern unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten, sondern vielmehr zu einer Renationalisierung bei kleinstmöglichem Solidaritätsaufwand zur Rettung des Euro, der nun einmal bestehenden gemeinsamen Währung. Dabei schaut jedes Land im Prinzip auf sich – und erst dann auf Europa. Das Prinzip „jeder für sich, und erst dann Solidarität“ hat sich im Lauf der Krise als eurointernes ebenso wie europainternes Prinzip durchgesetzt. Dass dies bei gemeinsamer Währung ein Widerspruch in sich ist, der ohne Auflösung keine Nachhaltigkeit im Sinn dauerhafter Resilienz der Eurozone hervorbringen kann, wurde bislang von der Eurozone ignoriert – nicht aber von der Weltgemeinschaft, die darin den zentralen Widerspruch europäischen Krisenmanagements sieht.

Die Spaltung zwischen Verlierer- und Gewinnerländern des Euro führt *viertens* in eine Dreiklassengesellschaft von EU-Bürgern, die zwar allesamt denselben Pass haben, aber – etwa im Vergleich von Deutschland, Frankreich, Italien und Griechenland – fiskalisch völlig unterschiedlich behandelt werden, genauer gesagt: ganz unterschiedliche Preise für ihre Mitgliedschaft im Euro beziehungsweise für ihr Europäertum in Form

6 E. Bonino und M. de Andreis: Making the case for a 'federation lite'. In: European Council on Foreign Relations, 3 May 2012, [http://ecfr.eu/content/entry/commentary\\_making\\_the\\_case\\_for\\_a\\_federation\\_lite](http://ecfr.eu/content/entry/commentary_making_the_case_for_a_federation_lite).



von Steuern bezahlen müssen. Das macht dieses Europäertum bei denen, die mehr dafür zahlen als die anderen, immer unbeliebter. Und das sind in der Eurozone alle außer den Gewinnerländern Deutschland, Österreich und Holland (Bürger erster Klasse), mit einer inneren Abstufung zwischen „schwankenden“ Ländern wie Frankreich (zwischen erster und zweiter Klasse), sowie Verliererländern wie Italien einerseits (zweiter Klasse) und Katastrophenländern wie Spanien, Portugal oder Griechenland andererseits (dritter Klasse).

Die wachsende fiskalische Ungleichbehandlung europäischer Bürger, die zu inner-europäischen „Auswanderungen“ wie im Fall *Depardieu* führt, ist *fünfte*s Ausdruck der sowohl im Einzelnen wie im Grundsätzlichen wachsenden Paradoxien europäischer Bewältigungs- und Krisenmanagementstrategien. Unter diesen Paradoxien ist insbesondere Europas „gemischte“ Krisenpolitik seit Frühjahr 2012, die aus Steuererhöhungen einerseits bei gleichzeitig vermehrten Staatsausgaben zur „Stimulierung“ der Wirtschaft sowie Bestrebungen zur Aufweichung des Stabilitätspakts durch Euro-interne Staatenallianzen wie Frankreich und Italien gegen den „Stabilitätsgaranten“ Deutschland seit Herbst 2012 einhergehen. Worin besteht der Kern dieser Initiative?

Italien und Frankreich sehen immer weniger ein, warum sie ihren Bürgern so hohe Opfer abverlangen sollen, nur um ein und dieselbe Währung mit einem viel strukturstärkeren Land wie Deutschland zu behalten, um damit faktisch an Konkurrenzfähigkeit, Produktivität und Innovation immer weiter einzubüßen, während keine wirkliche Regierungs- und Wirtschaftssolidarität besteht und Entwicklungen ohnehin weiterhin aus dem Gesichtspunkt nationaler Interesse gesteuert werden. Letzteres ist nicht die „Schuld“ Deutschlands (wie Deutschland auch nichts für seine besonders hohe Effizienz und Produktivität kann) und auch nicht Italiens oder Frankreichs, sondern Ausdruck des politischen „jeder für sich“ Prinzips bei gemeinsamer Währungs- und Wirtschaftszone. Die Verliererstaaten sehen, dass Deutschland die Stabilitäts- und Garantenfunktion vor allem zur Wahrung seiner eigenen Interessen wahrnimmt – und unter den derzeitigen Bedingungen wahrnehmen muss – da es nun einmal dieselbe Währung wie die Verliererstaaten hat; dass es dabei aber nur das Minimum tut, um die Währung aufrechtzuerhalten und nicht bereit ist, Regelungs- und Regierungsverantwortung zu teilen, was ohne politische Einheit verständlich ist, da es sich dadurch ja verschlechtern würde, und außerdem befürchten muss, dass die Standards dabei europaweit nach unten gehen, sobald es keine in sich gefestigte Leitmacht mehr gibt, die diese hochhält. Deutschland und die Gewinnerstaaten bezahlen lieber „Reparatur“- und Eindämmungskosten in Form von Staatsgarantien und überproportionalen Anteilen an transnationalen Sicherungstöpfen, als eine wirkliche Einheit mit den anderen Eurostaaten einzugehen – was vermutlich genauso viel, wenn nicht viel mehr als „echte“ gemeinsame Schuldenhaftung kostet, jedoch die produktivste und „gesundeste“ Macht im Zentrum Europas funktionsfähig erhält um den Preis, dass das Grundproblem: die fehlende Einheit bei Währungseinheit, nie gelöst wird und also der Strukturkern der Krise weiterbesteht. Die Verliererstaaten sehen aber auch, dass Deutschland den Abschwung der Südstaaten vorbeugend einkalkuliert und sich zur Fortsetzung seiner wirtschaftlichen Prosperität unter Umgehung der europäischen Institutionen – wie zum Beispiel des europäischen Außenamtes – als Ersatz für den Ausfall der eurointernen Exporte in die Südstaaten die Alternative einer „Sonderbeziehung“ mit China aufbaut. Fünf Staatsbesuche von Kanzlerin und Außenminister in einem einzigen Jahr sprechen eine klare Sprache – die sowohl von den USA

wie von den Eurostaaten im Süden misstrauisch beobachtet wird. Das fördert das wechselseitige Misstrauen.

Das Ergebnis sind unter anderem neue Populismen in den Südstaaten. So posaunt etwa der „zurückkehrende“ Alt-Ministerpräsident *Silvio Berlusconi* zur Jahreswende 2012/13 mit Zustimmung der großen Mehrheit der Italiener: „*Warum müssen wir so große Opfer bringen, mit den höchsten Steuern der Welt, die unsere Wirtschaft und unsere Bürger in ihrem verbleibenden Strukturkern ruinieren, nur um in einer Währungszone mit Deutschland zu verbleiben? Was kümmert uns der Unterschied in der Bewertung von Staatsanleihen, der sogenannte ‚spread‘, zwischen Italien und Deutschland? Wir müssen uns ohnehin selber helfen! Also sollten wir auch das tun, was für Italien richtig ist – ohne Rücksicht auf Deutschland.*“<sup>7</sup> Obwohl der zurückgetretene *Mario Monti* nicht dieser Meinung ist, geriet er bereits vor den italienischen Parlamentswahlen vom 24.-25. Februar 2013 zunehmend unter den Druck dieser vom gemeinen Mann geteilten Ansicht *Berlusconi*s. In der Folge schaffte es *Berlusconi* bei diesen Wahlen, entgegen aller Vorhersagen ein Patt mit der Linken zu erzeugen und den (in der Tat) „größten Steuererhöher aller Zeiten“ *Monti*<sup>8</sup> zur faktischen Bedeutungslosigkeit zu verdammen.<sup>9</sup>

Umgekehrt zu diesen Tendenzen, und als Teil als Gegenreaktion darauf, entstehen in den Gewinnerstaaten neue Populismen gegen den Euro, um die eigenen Vorteile „gegen“ die Südstaaten zu retten, etwa in Gestalt der Forderung des neuen „Stars“ am österreichischen Polithimmel, des Austro-Kanadiers *Frank Stronach*, der die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der Eurokonstruktion – also Währungseinheit ohne gemeinsames Produktivitätsniveau und ohne gemeinsame Regierung und politische Einheit – als solche in Frage stellt, da dieses Konstrukt letztlich allen schade. Er plädiert für einen verschiedenen Euro für jedes Euroland, also einen gemeinsamen Namen bei unterschiedlichen Währungen, damit Ab- und Aufwertungen zur Spiegelung von Produktivitäts- und Entwicklungsunterschieden wieder möglich werden.

Diese Paradoxien zeigen, dass das heutige europäische „Krisenmanagement“, unabhängig von den dazukommenden Störgeräuschen von Nicht-Euroländern wie Großbritannien, die sich in historisch beispielloser Weise von diesem Prozess distanzieren, ja faktisch vom Kontinent abgekoppelt haben, keine klare Linie hat, sondern vielmehr

7 *La Stampa*: Berlusconi: „Lo Spread? Imbroglia Tedesco. E Berlino lo attacca“. In: *La Stampa* Torino, 12 dicembre 2012, <http://www.lastampa.it/2012/12/12/italia/politica/berlusconi-lo-spread-imbroglia-tesesco-e-berlino-lo-attacca-8OnExnTVbWRjVb4n1r5AiK/pagina.html>.

Cf. *Il Corriere della Sera*: Merkel: «Gli italiani sceglieranno la giusta via». E a Monti: «Pieno sostegno per le riforme fatte». In: *Il Corriere della Sera*, 11 dicembre 2012, [http://www.corriere.it/politica/12\\_dicembre\\_11/Berlusconi-che-ci-importa-dello-spread\\_0f328ec8-4368-11e2-b89b-3cf6075586fe.shtml](http://www.corriere.it/politica/12_dicembre_11/Berlusconi-che-ci-importa-dello-spread_0f328ec8-4368-11e2-b89b-3cf6075586fe.shtml).

8 Vgl. *The Economist*: Send in the clowns. How Beppe Grillo and Silvio Berlusconi threaten the future of Italy and the euro. In: *The Economist*, March 2nd-8th, 2013, pp. 11.

9 Siehe dazu ausführlich *R. Benedikter*: Mario Monti's Italy and the European Debt Crisis. In: *Korea Review of International Studies*. Published by the Global Research Institute, The Graduate School of International Studies, Korea University Seoul, Volume 14, Issue 2/2011, Seoul 2011, pp. 3-36; sowie *ders.*: Europe's „Mixed“ Crisis Management: A Step Towards A More Sustainable Future? In: *International Policy Paper Series of the Austrian Society for European Politics Vienna/International Policy Paper Series der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik* Wien, Year 1, Issue 1/2012 (July), Vienna, July 20, 2012, pp. 1-17.

droht, die mit den Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen verbundenen Opfer der Bürger der Verliererstaaten umgehend wieder zunichte zu machen – was diese zunehmend mit Groll gegen die Gewinnerstaaten zur Kenntnis nehmen. Vor allem nimmt die Welt wahr, dass dieses Krisenmanagement langfristig ohne tatsächlich einheitliche europäische Fiskal-, Wirtschafts- und vor allem Regierungsunion wohl wenige Aussichten auf nachhaltigen Erfolg hat. Dass unter diesen Voraussetzungen prinzipiellen gegenseitigen Misstrauens, fehlender Solidarität und Einheit der einzelne Bürger in erster Linie auf sich schaut – wie *Depardieu* oder die vielen tausenden Italiener und Griechen, die 2013 geradezu frenetisch einen Großteil ihres Ersparnis in den Kauf von Wohnungen in Berlin stecken –, sollte nicht verwundern, sondern liegt in der Natur der Dinge. Die Appelle der französischen Regierung wie auch *Mario Monti* an „Patriotismus“ und „Steueropfer“ klingen hier wie Atavismen: wie längst überholte Appelle aus einer anderen Zeit.

Dass alles führt *sechstens* in ein inzwischen weithin grassierendes Misstrauen gegen das europäische Projekt als solches. War die Idee eine Währungs- und Wirtschaftsunion ohne politische und Regierungsunion vielleicht von Anfang an ein unmögliches, in sich „behindertes“, „viel zu kompliziertes“ und „nicht lebensfähiges“ Projekt, wie die US-Republikaner unter *Mitt Romney* im Wahlkampf 2012 tönnten, um Europa als all dasjenige darzustellen, was Amerika nicht werden dürfe?

Europa hat heute einen schlechten Ruf – nicht nur in Europa, sondern auch weltweit, vielleicht den schlechtesten, den es je hatte. Die wirtschaftliche Abwärtsspirale mit Rezession nun nicht mehr nur der Verliererländer im Süden, sondern der gesamten Eurozone seit Ende 2012 und der begleitenden Extremsymbole (wie eben der neuen französischen Spitzensteuer), die eher als Zeichen der Hilflosigkeit und der extremen Notlage denn als Befreiungsschläge gelesen werden, verschlechtern den seit Jahren zunehmend zweifelhaften Ruf Europas in der Welt weiter. Europa wird international bereits sprichwörtlich als der „absteigende Kontinent“ identifiziert, sei es zu Recht oder zu Unrecht – was die Erholung aufgrund des wachsenden Einflusses von Sozialpsychologien auf die internationalen Märkte erschwert. Signale wie die 75 % Steuer tragen zu diesem Ruf bei. Sie werden aus außereuropäischer Sicht viel breiter und realitätsträchtiger wahrgenommen, als viele Europäer aus der Innensicht heraus glauben. Der Friedensnobelpreis von Europa an sich selbst vom Dezember 2012 trägt da nur zur Bestärkung der Zweifler bei. Er wurde in weiten Teilen der Welt eher als Ausdruck verzweifelter, letzter Selbstbestärkung in aussichtsloser Lage wahrgenommen, denn als Belohnung für tatsächlich Erreichtes.

Schließlich ist der Fall *Depardieu siebtens* ein Symptom des Aufstiegs von Kontextpolitiken zu ernsthaften Konkurrenten von Partei- und Institutionenpolitiken, und damit auch der Rückkehr von Ideologie und einem neuen Populismus nach Europa, der sich unter anderem in der *ad personam* Bloßstellung Einzelner durch Regierungen manifestiert – und an der öffentlichen Diskreditierung ihrer verbrieften Bürgerrechte (wie Ortswechsel innerhalb der Union) mit „kulturellen“ Argumenten wie Patriotismus und Franzosentum. Wo Kontextpolitiken die öffentliche Rationalität dominieren, sind die Rhetoriken eines neuen Klassenkampfes nicht weit.

Ungefähr in dieser Siebendimensionalität nimmt ein Großteil der Welt außerhalb Europas den Fall *Depardieu* wahr. Und eben deshalb ist er international von so großem Interesse, obwohl es sich streng genommen nur um die freie Wohnsitzwahl einer Person innerhalb der Europäischen Union handelt. Die Frage ist, ob dieses Interesse zu Recht

oder zu Unrecht besteht. Gehen wir zur Beantwortung dieser Frage einer Reihe von Einzelaspekten nach, die das bisher Gesagte mit konkretem Leben erfüllen.

## V. Besteuerungsrekorde

Dass man in Frankreich neuerdings 1.000.000 Euro verdienen muss, um 250.000 Euro zu behalten, sorgt international für Staunen. Dass diese verbleibenden 250.000 Euro ihrerseits dann über die weltweit mit höchsten Treibstoff- und die zumindest innerhalb der entwickelten Gesellschaften höchsten Vermögenssteuern auf Immobilien sowie die im internationalen Vergleich weltweit mit höchsten Mehrwertsteuern – in Frankreich seit März 2012 von 19,6 % auf 21,2 %, im benachbarten Italien von 21 % auf 22 % erhöht ab Juli 2013 – zusätzlich vom Staat angeknabbert werden, können außerhalb Europas nur wenige nachvollziehen. Dass all dies mit einer kulturellen und sozialen Ausgrenzung von „Reichen“ garniert wird, und damit auch von dem, was die kapitalistischen offenen Gesellschaften im Prinzip als „erfolgreich“ definieren, wo mittlerweile jeder, der ein überdurchschnittliches Einkommen hat, moralische Rechtfertigungsprobleme hat und sich gegen den Vorwurf, ein Egoist oder gar schlechter Mensch zu sein, verteidigen muss, verstehen in den USA nicht einmal mehr die radikalsten Linksmitglieder der „Occupy Wallstreet“, der „99 %“ oder der „Democratization of Corporations“ Bewegungen – vom gemäßigten Grünen in Austin oder kommunitarischen Demokraten der Bay Area ganz zu schweigen.

Vergleicht man Frankreichs 75 % Steuer mit der Parallelentwicklung in den USA, versteht man, warum. Zur Verhinderung des sogenannten „fiscal cliff“ Amerikas, also automatischer Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, erhöhten die USA unter *Barack Obama* die Steuern für die Reichsten mit Januar 2013 von 36 % auf 39,6 % für Einkommen über 450.000 US-Dollar. Aber selbst eine Erhöhung auf diesem im Vergleich niedrigen Niveau war in Amerika nur unter schwersten Widerständen durchzusetzen: denn Steuern werden hier als Inbegriff von grundlegenden Gesellschafts- und Kulturentscheiden verstanden und rühren daher an die Grundlagen der US-Zivilreligion, die in Amerika eine viel wichtigere Rolle spielt als im säkularen Europa. Deshalb ist der jahrelange Streit zwischen Republikanern und Demokraten um die Bewältigung der US-Schuldenkrise unter anderem mittels Steuererhöhungen, insbesondere des Spitzensteuersatzes, in Amerika von Parteien und Bevölkerung ein Kampf um Grundsätzliches einer ganzen Zivilisation: um das Recht auf Freiheit und „kleine Regierung“, „self-reliance“ und das „Recht auf Erfolg“, das hier „Recht auf Glück“ heißt. Obwohl in den USA andere systemische Probleme bestehen, die in ihrer Belastung des Einzelnen nicht weniger tief reichen und die Europa so nicht kennt: nämlich die Verlagerung der Verschuldung vom Staat auf den Einzelnen mittels einer um ein Vielfaches über europäischen Werten liegenden Privatverschuldung (derzeit: ca. 70.000 US-Dollar pro Haushalt) aufgrund eines weit schwächeren öffentlichen Wohlfahrtssystems, würden 75 % Steuern auch in einem mehrheitlich „demokratischen“ Amerika unter *Barack Obama* zu einer veritablen Revolution gegen die Regierung führen – und zwar nicht gegen eine bestimmte Regierung, sondern gegen das Prinzip von Regierung an sich.

Für die USA mit ihrem traditionellen Modell „kleiner Regierung“ und „self-reliance“ mag dies wenig überraschen. Auch nicht, dass die Republikaner bis ans Ende der Bud-

get- und Schuldengrenze-Verhandlungen 2012-2013 ausdrücklich die 75 % Reichensteuer Frankreichs als abschreckendes Beispiel dafür anführten, wohin die Erhöhung von Spitzensteuersätzen führen könnte, nämlich in „europäische Verhältnisse“, gegen die sie gezwungen seien, ihr „wehret den Anfängen“ einzulegen. Auch traditionell den Demokraten nahestehende Zeitungen wie die *New York Times* kamen zum paradoxalen Schluss, dass die radikal individualistischen Vereinigten Staaten heute gleichheitsorientierter als das „kommunitarische“ Europa seien, da sie keine derartig extremen Unterschiede zwischen Besteuerungsniveaus zuließen wie Frankreich. Eben so wenig war es verwunderlich, dass die 75 % Steuer in Großbritannien nicht als Bewältigungsmaßnahme oder gar Befreiungsschlag der Eurozone verstanden wird, sondern nur ein weiteres abschreckendes Argument für die Mehrheit der Briten ist, nicht nur keine engere Bindung an den Kontinent zu suchen, sondern einen Austritt aus der EU oder zumindest aus mehreren ihrer Kernprogramme zu erwägen. Zu Jahresbeginn 2013 waren mehr als 65 % der Briten für einen Austritt.

All dies mag nicht überraschen. Ungewöhnlich aber ist, dass die auf der anderen Seite des Pazifik aufsteigende zweite Weltmacht des 21. Jahrhunderts, das China unter der neuen Führung *Xi Jinpings* die 75 % Entwicklung in Europa als besorgniserregend für den eigenen Fortschritt, als Zeichen der Notlage Europas und als kein Beispiel für China ansieht. Ironischerweise benutzt die von zahlreichen Skandalen erschütterte chinesische Einheitspartei-Elite den „Radikalsozialismus“ *Hollandes*, um damit gegen die westliche Demokratie europäischen Musters Stimmung zu machen und die aufkeimenden Demokratisierungsbewegungen im eigenen Land propagandistisch einzugrenzen. Dazu gehört auch die Abwertung der an Zahl zunehmenden Vergabe von internationalen Preisen, darunter der Nobelpreise oder des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, an chinesische Autoren – mit dem Hinweis auf Europas Krise und der Frage: Wollt ihr europäische Verhältnisse? Wollt ihr 75 % Steuern?

In der Tat ist der Vergleich von Frankreichs 75 % Steuer mit dem „meta-kommunistischen“ China des Machttransfers 2012-2013 wenig ermunternd, macht er doch deren symbolische Tragweite für Europas Außenwahrnehmung deutlich. In China herrscht ab 100.000 RMB ein Steuersatz von 45 %, wobei jedoch im Detail zahlreiche Abzugsmöglichkeiten bestehen, die in Europa nicht gelten. Die Distanzierung der chinesischen Kommunisten von Frankreichs Sozialisten in der Spitzensteuerfrage als „wirtschaftlich und sozial kontraproduktiv“ ist eine seltene Ironie der Geschichte, die bislang wenig beachtet wurde, aber nachdenklich macht: Sind Frankreichs Sozialisten 2013 also faktisch „kommunistischer“ als die Chinas? Und: Ist das individualistische Europa mittlerweile vielleicht sogar als Ganzes kommunitarischer als die klassische „Familienkultur“ China? Wenn Frankreich gemeinsam mit Deutschland die „Kernachse“ Europas und die „Stabilitätsachse“ des Euro darstellt: Was bedeutet das dann für Europas Zukunftsaussichten? Und was bedeutet das für seine Gemeinschaftsfähigkeit mit anderen Weltregionen?

## VI. Nachbarschaftlicher Gleichschritt: Italien

Frankreichs Eilschritt von einem Rekord der Besteuerung zum nächsten ist im Europa der Jahre 2012/13 aber kein Einzelfall. Italien hat nach den sogenannten „Reformen“

des ungewählten Kurzzeit-Ministerpräsidenten, Wirtschaftsprofessors der renommierten Bocconi-Universität Mailand, ehemaligen EU-Kommissar und „Technokraten“ *Mario Monti* laut offiziellen Statistiken der italienischen Industriellenvereinigung *Confindustria* 2012 die höchste kombinierte Steuerlast der Welt erreicht – mit durchschnittlich 55 % für Einzelpersonen und bis zu 70 % für Unternehmen. Dazu kommt eine faktisch ständig wachsende Mehrfachbesteuerung, da auch Vermögenssteuern auf Besitz erhoben werden, der von erspartem Einkommen gekauft wurde, das bereits mit den höchsten Steuern der Welt besteuert wurde. Wie viele Experten konstatieren, ist das im internationalen Vergleich auf lange Frist ein nationalökonomischer, wirtschafts- und unternehmenspolitischer Selbstmord. Denn wie soll ein italienisches Unternehmen unter diesen Bedingungen mit einem amerikanischen oder chinesischen auf dem Weltmarkt konkurrieren, die weniger als halb so hohe Steuern und Arbeitskosten, geschweigen denn Mehrwertsteuern haben?

Die hohe Steuerlast, die auf der einen Seite zur Finanzierung des steigenden Niveaus der europäischen Wohlfahrtsstaaten und zur nach wie vor beispielhaft bestehenden sozialen Gleichheit Europas notwendig ist, droht auf der anderen Seite die wirtschaftlichen und unternehmerischen Strukturgrundlagen seines Wohlstandes zu untergraben. Man fragt sich ohnehin, wie es die italienische Industrie überhaupt bis heute geschafft hat, international auf Spitzenniveau zu konkurrieren. Ende 2012 scheint jedoch ein Schwellenpunkt erreicht, weil nach *Montis* „Reformen“ 2011-2012 sowohl die Mode- und Accessoireindustrie wie der Automarkt Italiens völlig zusammengebrochen sind, mit -20 % in 2012 nach -11 % in 2011 – mit überaus unsicheren Erholungsaussichten. Trotzdem sieht die italienische Übergangsregierung eine weiter steigende Steuerbelastung vor. Laut einer Studie des italienischen Handwerkersverbands CGIA vom 4. Januar 2013 „werden die Italiener 2013 zusätzliche Steuern in Höhe von 14,7 Milliarden Euro zahlen. Für jede Familie bedeutet dies eine weitere Belastung von 585 Euro. Mit einer Besserung ist frühestens 2014 oder 2015 zu rechnen.“<sup>10</sup>

Ergebnis von *Montis* Steuererhöhungsexstase, die in den 13 Monaten seiner Amtszeit von November 2011 bis Dezember 2012 kaum mit Strukturreformen einherging, war Ende 2012 eine der stärksten Rezessionen Italiens in der Nachkriegsgeschichte mit mindestens 4,5 % und negativem Ausblick, sowie ein maßgeblicher Beitrag Italiens zur Gesamtrezession der Eurozone zur Jahreswende 2012-13. *Montis* teilweise Entlastung der Unternehmen hat bislang keinen nennenswerten Gegeneffekt gebracht; und die versprochene Reformen der Bürokratie, der öffentlichen Institutionen, des politischen und sozialen Systems, einschließlich im Zentrum die Einführung von Meritokratie, Transparenz und Wettbewerb auf allen Ebenen eines Landes, das im jüngsten Korruptionsreport 2012 von *Transparency International* 72. gereiht ist hinter Entwicklungsländern wie Ghana und auch hinter China, wurde nie wirklich in Angriff genommen. Gerade im *Montis* „Heimatsbereich“, dem akademischen Bereich, ist Italien nicht unter den ersten 100 Ländern der Welt, was die Korruption betrifft – was zum rapiden Abstieg der italienischen Universitäten im europäischen Umfeld, von der Welt ganz zu schweigen, seit den 1980er Jahren beigetragen hat.

In diesem Umfeld wurde die neue 75 % Steuer Frankreichs in Italien eher als Entmutigung von Meritokratie und Wettbewerb verstanden – und als weit einfacheres Mittel

10 Dpa: Italiener werden auch 2013 mehr Steuern zahlen, 4.1.2013.

der Geldeintreibung als mühsame Reformschritte gegen vielfältigen und zähen Lobby-Widerstand. Vielmehr befürchtet die Mehrheit der Italiener, dass aufgrund der beispiellosen Zersplitterung der italienischen politischen Landschaft und indirekt wegen der durch Altersstarrsinn und Realitätsfremde gekennzeichneten Rückkehr *Silvio Berlusconi* auf die politische Bühne nach den Wahlen vom 24.-25. Februar 2013 ein dauerhaftes Patt von *Berlusconi* wenig reformfähiger und nach wie vor autokratisch geführter Altpartei „Volk der Freiheit“ (*Popolo della Libertà*) mit der ehemals kommunistischen, stark an Frankreichs Sozialisten orientierten Linken unter dem ehemaligen Kommunistenführer *Pier Luigi Bersani* bevorsteht. Letzterer hat bereits angekündigt, sich am französischen Modell der „größeren Gleichheitsförderung“ orientieren zu wollen. Ähnlich kündigte der abgetretene Ministerpräsident *Mario Monti* am 2. Januar 2013 bei der Vorstellung seines Wahlprogramms für die italienischen Parlamentswahlen 2013 an, sich in jedem Fall als Senator auf Lebenszeit weiterhin im Parlament für „eine noch stärkere und weitergehende Umverteilung des Reichtums von den Reichen an die Armen“ einsetzen zu wollen, weil dies „alternativlos“ sei – wenn nötig auch mit einer noch breiter gefächerten Zahl an Steuern.<sup>11</sup>

Das hat nach der Wahl weiterreichende Konsequenzen, als manche „neutrale“ Analysten zugeben wollen. Italien wird bei einer Regierungsbildung der Linken über die bisher bereits höchsten Steuern der Welt hinaus voraussichtlich weitere Vermögenssteuern einführen, die sogenannte „patrimoniale“, neben der bereits bestehenden Immobilien-Gemeindesteuer IMU eine zusätzliche Immobilien-Staatssteuer, und zwar wiederum unabhängig von Einkommen oder Rendite. Und das Modell der immer breiteren Vervielfältigung von Steuern färbt inzwischen auch auf weitere europäische Länder ab – und zwar nicht notwendigerweise (nur) auf die Spitzensteuern, sondern auf die grundsätzliche Bereitschaft, die Hemmschwelle weiterer Steuererhöhungen zu überschreiten. Sogar im Euro-Gewinnerland Österreich wird, deutlich im Gefolge Frankreichs, eine Vermögenssteuer in erheblicher Höhe für Vermögen ab 1 Million Euro von der sozialdemokratischen Regierung unter *Bundeskanzler Werner Faymann* erwogen. Sie wird jedenfalls im Wahlkampf 2013 eine mit ausschlaggebende Rolle spielen, „damit sich die Reichen, auf die wir durchaus stolz sind, noch etwas mehr beitragen für die Gesellschaft – unter anderem im Rahmen der Steuerreform 2013“, so *Faymann* in Erneuerung von Grundaussagen bereits seit 2010.<sup>12</sup>

Das einzige europäische Land, das dem damit verbundenen Gesamttrend heute propagandistisch entgegensteuert, ist Großbritannien unter dem Konservativen *Cameron* – nicht zufällig jenes Land, das sich vollkommen vom Rest Europas abgekoppelt hat, isoliert ist und ernsthaft den Austritt aus der Europäischen Union erwägt. Auch Großbritannien hat allerdings wenig hehre Ziele: es geht ihm keinesfalls um Erleichterung von Lasten für die Bürger oder für eine größere Homogenität in Steuerfragen, sondern

11 *Il Fatto Quotidiano*: Monti: „Agire per le riforme. A sinistra conservatori come Vendola e Fassina“. In: *Il Fatto Quotidiano*, 2 gennaio 2013, <http://www.ilfattoquotidiano.it/2013/01/02/monti-agire-per-riforme-a-sinistra-conservatori-come-vendola-e-fassina/459410/>.

12 *Bundeskanzleramt der Republik Österreich*: Faymann: „Mich stört nicht, wenn jemand reich ist“. Steuerreform für 2013 angesetzt. In: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_\\_44555/currentpage\\_\\_8/7398/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/cob__44555/currentpage__8/7398/default.aspx), 30.8.2011. Vgl. ähnlich dasselbe: Werner Faymann: „Führe mit gutem Grund kein Gespräch mit der FPÖ“. In: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_\\_46020/currentpage\\_\\_0/7398/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/cob__46020/currentpage__0/7398/default.aspx), 17.12.2011.

um den Erhalt der Spekulationswirtschaft am Finanzplatz London, von dem ein Großteil des Landes nach dem Niedergang seiner Industrie mittlerweile direkt oder indirekt lebt.

## VII. Wachsende Ungleichheit: Verschiedene Klassen von europäischen Bürgern

Ironischerweise zeitigt gerade der wachsende Gleichheitsdruck europäischer Regierungen zunehmende Ungleichheit zwischen Europas Bürgern. Der Aufmerksamkeitsökonomie-Unternehmer und Winzer *Gerard Depardieu* bewies, wenn er zunächst – wie viele andere Franzosen, die nicht nach London gehen – ausgerechnet nach Belgien abwandern wollte, dass die schiere Steuerlast nicht das wichtigste Argument für sein Handeln war, sondern vielmehr der Ärger über wachsende Ungleichheit, die Europas Bürger in ein und derselben Währungszone sehr unterschiedlich behandelt. Belgien hat nämlich selbst einen der höchsten Spitzensteuersätze Europas mit 53,7 %, also höher als Frankreich vor *Hollandes* Steuerreform. Im Jahr 2000 hatte der Spitzensteuersatz in Belgien noch bei 60,6 Prozent gelegen. In der Zwischenzeit wurde er aber um 6,9 Prozentpunkte gesenkt. *Depardieu* wählte zwischen 53,7 % in Belgien und 75 % in Frankreich verständlicherweise Belgien – nicht aber Deutschland oder Holland, wo die entsprechenden Sätze deutlich darunter lägen, mit Deutschland bei 45 % (sogenannte Reichensteuer oder Tarifzone IV über 250.000 Euro) und Holland mit 52 %. Dass *Depardieu* mit einem filmreifen Trick im letzten Moment jeden moralischen Anspruch verspielte und sich als einfacher Steuermigrant in eigener Sache demaskierte, indem er sich doch noch nach der billigsten Variante, Russland mit 13 %, richtete, die er hinter den Kulissen bereits gewählt hatte, während er noch öffentlich über Europa moralisierte, ändert nichts an den hinter seinem Fall liegenden Verschiebungen.

In Deutschland verlief die Entwicklung in vielerlei Hinsicht umgekehrt zu den aktuellen Maßnahmen Frankreichs: Der Spitzensteuersatz wurde kontinuierlich gesenkt: von 56 % 1989 auf 53 % 1999 bis zu den heutigen 45 %. Allerdings sanken zum Ausgleich die dafür herangezogenen Höchstsummen ebenfalls, also der Spitzensatz für immer geringere Summen fällig wurde.

Dass zunächst *Depardieu* zum Schein, in Wirklichkeit aber hunderte seiner französischen Landsleute tatsächlich Belgien als Ausweichland wählen, hat in dieser Lage zweifellos mit der französischen Kultur und Sprache im französisch-belgischen Grenzgebiet zu tun. Genau hier liegt ein oft übersehener, aber zunehmend bedeutender Aspekt der Entstehung einer Mehrklassengesellschaft innerhalb von Europas Bürgerschaft: Die meisten, die heute wie *Depardieu* aus Steuergründen aus Frankreich oder Italien auswandern, wandern nicht ins außereuropäische Ausland, sondern innerhalb der Eurozone ab – eben weil in dieser zunehmend unterschiedliche Bedingungen herrschen. Wer heute als Spitzenverdiener von Frankreich nach Deutschland zieht, unternimmt eine 30 % Ersparnis – gut für Deutschland, schlecht für Frankreich. Und vor allem fragwürdig für Europa. Während in Deutschland die Steuern sowie andere Belastungen etwa im Gesundheitsbereich tendenziell aufgrund der guten Konjunktur sinken, steigen sie im selben politischen und Währungsraum zugleich auf Rekordhöhen – und alle Besteuernten sind in der Theorie dieselben europäischen Bürger!



Eine derart unterschiedliche Besteuerung stellt jedoch nicht nur das Prinzip sozialer Gerechtigkeit, sondern auch das europäischer Bürgerschaft in Frage. Die wachsende Schere zwischen Einkommenssteuern in ein und derselben Währungszone erzeugt, gemeinsam mit den Gesamtbelastungen durch nationale Sparpakete und Ausgabenstopps, heute verschiedene Klassen von europäischen Bürgern. Analog zu *Emma Boninos* und *Marco de Andreis* Idee eines „Europa lite“ müsste man heute aus Bürgersicht sagen: Wir bewegen uns in Richtung eines „europäischen Bürgertums lite“. Die Idee transnationaler gesellschaftlicher Einheit Europas droht zu verschwinden, beziehungsweise sich durch zunehmende Unterschiede selbst ad absurdum zu führen. Wenn beispielsweise ein italienischer Bürger eine Wohnung in Österreich besitzt und vermietet, bezahlt er eine weit höhere Steuer darauf als derselbe österreichische Bürger, der dieselbe Wohnung direkt daneben genauso bewirtschaftet. Beide liegen im selben Euroland, beide verfahren identisch, beide sind europäische Bürger, aber beide werden aufgrund ihrer Herkunft unterschiedlich besteuert: der eine kann mehr als der andere aus denselben Bedingungen machen. Das empfinden immer mehr europäische Bürger als diskriminierend – oder jedenfalls als nicht einheitsfördernd. Dass unter diesen Umständen eine europäische Identität, und noch mehr: der Geist einer empfundenen, gelebten europäischen Zivilreligion nur schwer Gestalt annimmt, kann kaum verwundern.

Eben so wenig kann es verwundern, dass heute „Athen (und Rom) Berlin aufkaufen“.<sup>13</sup> Dass also (wiederum paradoxerweise) das Gewinnerland Deutschland von den Verliererländern aufgekauft wird – zwar nicht auf der Staats-, wohl aber auf der Privatkapitalebene. Italienische und griechische Bürger kaufen, wie es die Freiheit des Immobilienerwerbs in Europa vorsieht, Wohnungen in Deutschland, um ihre von Inflation und rapide steigenden Steuern bedrohten Euros ins sichere Ausland zu transferieren und sie dadurch vor wachsenden Besitz- und Immobiliensteuern zu schützen. Die Verliererländer des Euro führen solche Steuern in rasch wachsendem Umfang ein, um sich dieselbe Währung mit den Gewinnerländern leisten zu können. Daher transferieren ihre Bürger ihr Ersparnis in die Gewinnerländer, vor allem in die Leitmacht Deutschland, und dort vor allem in den „harten“ Immobilienmarkt. Das treibt die Preise in Deutschland hoch – im Großraum Berlin allein in 2012 um geschätzte 20 % –, und macht paradoxerweise viele deutsche Bürger im Gewinnerland des Euro zu Verlierern bei der Anlage ihrer Privatersparnisse im eigenen Land, da die „Ausländer“ hohe Preise in bar bezahlen, da sie Angst und Eile haben. Auf der anderen Seite ist es eine naheliegende Möglichkeit für die Bürger der Verliererstaaten, ihre Ersparnisse vor dem Zugriff nun auch von Vermögenssteuern insbesondere in den Südstaaten (einschließlich Frankreichs) zu schützen, und damit einer faktischen Mehrfachbesteuerung (1. Besteuerung von Einkommen, 2. Besteuerung des mit dem verbleibenden Rest nach Steuern Ersparnis erworbenen Vermögens, einschließlich Erstwohnung unabhängig von Ertrag, 3. Besteuerung des eventuellen Ertrags des Vermögens) zu entkommen. Zu Recht haben italienische Immobilienbesitzer-Vereinigungen des Mittelstandes darauf hingewiesen, dass Steuern auf Vermögen und Besitz, erworben nach Bezahlung der bereits höchsten Steuern der Welt wie in Italien, unabhängig von deren Ertrag „unzivilisiert“ und auf

13 Dpa: Athen kauft Berlin, 18.12.2012. Vgl. Immobilien-Zeitung: „Wer in Berlin eine Wohnung kauft, kauft Ärger!“, 9.8.2012, <http://www.immobiliien-zeitung.de/116964/wer-in-berlin-wohnung-kauft-kauft-aerger>.

lange Frist „nationalökonomischer Selbstmord“ seien. Steuern sollten, wie es „die Zivilisation“ verlange, nur auf Einkommen, nicht aber auf Ersparnis nach Steuern dieses Einkommens, also nicht ein zweites Mal eingehoben werden. Interessanterweise erfüllt die „Reichensteuer“ *Hollandes* diese Maxime, obgleich Frankreich daneben ohnehin bereits Vermögenssteuern einhebt, an denen sich die Regierung *Mario Montis* bei ihrer Einführung der italienischen Vermögens-Immobiliensteuer (IMU) zum 01. Januar 2012 orientierte.

All dies führt heute zu einer Herausforderung an Europa, die riesige Dimensionen umfasst. Der Berliner Wirtschaftsethiker *Ulrich Thielemann* brachte sie Anfang 2013 in einem Satz so auf den Punkt:

„Europa muss bei Steuern kooperieren. Der Berliner Wirtschaftsethiker *Ulrich Thielemann* hat die europäischen Staaten aufgefordert, in Sachen Steuermoral enger zusammenzuarbeiten. Mit Blick auf Griechenland sagte *Thielemann*: ‚Es darf nicht sein, dass europäische Staaten Steuerflüchtlingen helfen und damit letztlich ihre eigenen Bürger zwingen, die in Griechenland entstandenen Steuerlücken durch Rettungspakte auszugleichen, um wiederum den Euro zu retten.‘ Wohlhabende Griechen seien schon vor der Krise steuerlich privilegiert gewesen, dann hätten sie ihr Kapital in Länder wie die Schweiz und Luxemburg verschoben, kritisierte *Thielemann*.“<sup>14</sup>

Was von *Thielemanns* Analyse bedeutsam ist und für die kommenden Jahre bleiben wird, ist weniger die etwas kurzsichtige Forderung nach noch schärferer Kontrolle von Geldtransfer – was natürlich auch nötig bleibt. Weit wichtiger ist vielmehr die Herausforderung nach steuerlicher Homogenisierung zwischen den europäischen Bürgern: zur Entstehung eines gesamteuropäischen, verbindenden Geistes, und zur Vermeidung heutiger Paradoxien. Dies aber kann, wie u.a. *Roland Klaus* überzeugend gezeigt hat, langfristig, substantiell und nachhaltig nicht durch Schulden-Rettungsschirme „von oben“, sondern nur durch Produktivitätssteigerung und Steigerung der Konkurrenzfähigkeit „von unten“ geschehen: nämlich durch die Homogenisierung und Angleichung der Lohnstückkosten. Zu Recht schreibt *Klaus*:

„Zwischen 1999 und 2009 sind die Lohnstückkosten... in Irland und Spanien um mehr als 30 Prozent gestiegen.“ In Portugal lag das Plus bei knapp 30 Prozent, in Griechenland bei fast 40 Prozent. Dagegen lagen die Lohnstückkosten in Deutschland bis 2007 sogar leicht unter dem Ausgangswert, um dann in den folgenden beiden Jahren um knapp zehn Prozent anzusteigen.

Was sagen uns diese Zahlen? Steigende Lohnstückkosten bedeuten einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Selbst wenn wir also davon ausgehen, dass alle Länder auf Augenhöhe in die Währungsunion gegangen sind, hat sich in zehn Jahren eine riesige Kluft zwischen Deutschland und einigen anderen Mitgliedern der Eurozone aufgetan. Unterstellt man eine Austauschbarkeit und einen Wettbewerb innerhalb der Eurozone, so gilt: Kein Mensch würde Produkte oder Dienstleistungen aus Spanien, Griechenland oder Portugal kaufen, wenn er sie gleichzeitig aus Deutschland bis zu 30 Prozent billiger haben könnte. Arbeitslosigkeit, Unternehmenspleiten und steigende Belastungen für die Staatskassen sind die Folgen in diesen Ländern.

Diese Kluft hat diverse Gründe. Zum einen haben sich die Südländer Anfang des neuen Jahrtausends einen ordentlichen Schluck aus der Pulle bei den Löhnen und Ge-

h ältern gegönnt, während in Deutschland – nicht zuletzt aufgrund der Agenda 2010 von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* – eher Lohnzurückhaltung angesagt war. Zum anderen aber steigt die Produktivität in Deutschland traditionell stärker als im Süden. Und höhere Produktivität bedeutet bei gleichbleibenden Löhnen: sinkende Lohnstückkosten und damit ein Wettbewerbsvorteil.

In der Vergangenheit sind solche Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Abwertung der Währung ausgeglichen worden, auch externe Abwertung genannt. Das ist der Grund, weswegen Peseten, Escudos, Drachmen oder Lire über Jahrzehnte kontinuierlich gegenüber der D-Mark abwerteten. Doch diesen Mechanismus gibt es seit Einführung des Euro nicht mehr.

Den Krisenstaaten bleibt also nur die innere Abwertung: niedrigere Löhne oder eine höhere Produktivität. Dieser Weg wurde in den Ländern auch versucht. Am stärksten ist der Rückgang in Irland, wo die Lohnstückkosten seit 2008 um gut zehn Prozent gesunken sind. Die anderen Länder treten trotz teilweise großer Bemühungen mehr oder weniger auf der Stelle.

Wir sehen also, dass obwohl die Arbeitslosigkeit und die sozialen Spannungen in Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal massiv zugenommen haben, nur vergleichsweise geringe Schritte in Richtung Wettbewerbsfähigkeit gemacht wurden. Die genannten Staaten müssten ihre Lohnstückkosten um weitere 20 bis 30 Prozent senken, um das deutsche Niveau zu erreichen. Wer sich vor Augen führt, was heute schon in den Straßen von Athen, Madrid und Lissabon los ist, weiß, dass dies niemals zu erreichen sein wird. Alternativ könnte man auch auf die Idee kommen, dass die Löhne bei uns von heute auf morgen um 20 oder 30 Prozent steigen müssten. Dann sollten wir uns aber lieber nicht fragen, wie es mit der deutschen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Wirtschaftsmächten wie den USA oder China aussehen würde.

Selbst die politische Linke in Deutschland, der Forderungen nach höheren Löhnen traditionell relativ leicht von der Zunge gehen, hat sich mittlerweile zumindest in Teilen davon verabschiedet, dass ein deutlicher Lohnanstieg hierzulande ein eleganter Weg aus der Krise wäre...

Schuldenschnitte und Transferprogramme setzen nur an den Symptomen an, nicht an den Wurzeln. Sie werden langfristig nicht helfen. Vor allem die Krisenländer brauchen die Möglichkeit, über externe Abwertung zu atmen. Das muss nicht unbedingt eine Rückkehr zu nationalen Währungen bedeuten. Was wir brauchen, sind Währungsräume, die die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Staaten widerspiegeln oder zumindest so gewählt sind, dass Unterschiede durch Transferleistungen in akzeptabler Größenordnung gestemmt werden können.<sup>15</sup>

Das aber würde, was *Klaus* nicht zugibt, faktisch die Trennung der Eurozone auch formal sanktionieren: In Gewinner- und Verliererstaaten, die in der Praxis zwei verschiedene Euros mit „verschiedenen Geschwindigkeiten“ besäßen – ein Vorschlag, gar nicht so fern dem neuer Populisten wie Österreichs *Frank Stronach*. Ich plädiere, bei ähnlicher Ursachenanalyse, daher für den Gegenweg: Gemeinsame Maßnahmen zur

15 *R. Klaus*: Warum der Euro nicht funktioniert. In: <http://de.finance.yahoo.com/blogs/wirtschaftliche-selbstverteidigung/warum-der-euro-nicht-funktioniert-172521380.html>, 23.11.2012. Vgl. ähnlich *M. Fischer*: Lohnstückkosten in Euroländern. Wovon der Erfolg der Krisen-Reformen abhängt. In: *Wirtschaftswoche*, 11.12.2012.

Produktivitätsangleichung und zur Annäherung der Lohnstückkosten. Die Frage ist allerdings, ob dies im Interesse der Gewinnerstaaten sein kann, die dabei letztlich nur verlieren, oder bestenfalls stagnieren können.

Insgesamt bedeutet die gegenwärtige Situation: Europa fällt in verschiedene Klassen (und „Geschwindigkeiten“) von Bürgern auseinander. Das rasch wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht zwischen Gewinner- und Verliererländern der Eurozone wegen fehlender politischer Gesamtregulierung erzeugt zunehmende Ungleichheit zwischen Europas Bürgern. Diese Ungleichheit wird – neben einem erstens noch unterdurchschnittlich globalisierten und zweitens wenig europa- und demokratiebewussten Erziehungs- und Universitätsbereich – voraussichtlich zu einer der größten Zukunftsbedrohungen für Europa in den kommenden Jahren. Die Währungsunion bei fehlender politischer Union erweist sich hierin als die vielleicht größte systemische und strukturelle Anomalie in der Geschichte des bisherigen Europa. Sie erzeugt nach sechs Jahren Krise 2007-2012 „gesamteuropäische“ Bürger verschiedener Klassen und damit Pseudo-Gleichheit. Damit unterminiert sie erstens das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa und zweitens die gerade erst in Ansätzen keimende Europa-Identität. Sie renationalisiert drittens die Europäer, einschließlich ihrer sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaften. Das Problem ist, dass die damit verbundene, komplexe Gesamtherausforderung an Europa zur Angleichung von Standards sowohl in Rechten wie in Pflichten sowie des weiteren Übergangs von Kollektiv- zu Individualrechten noch viel zu wenig beachtet und mit integrativen Lösungsansätzen angegangen wird. Während Industriestandards zunehmend angeglichen und dabei Stromnetze, Wasserhähne oder Glühbirnen europa-weit einheitlich normiert werden, um sie nachhaltig und ressourceneffizient zu machen, geht mittels Migrationsbewegungen aus Steuer- und Ungleichheitsgründen wie im Fall *Depardieu* viel Energie, Zeit und Aufwand innerhalb Europas verloren.

Zwar bestehen auch in den USA unterschiedliche regionale Steuersätze, unter anderem etwa im Bereich der Mehrwertsteuer, die zwischen 9,2 % in Kalifornien und 0 % in vielen anderen Bundesstaaten schwankt. Und auch in Schweiz herrschen je nach Kanton unterschiedliche Steuerniveaus und -sätze, bei gleichzeitig freiem Niederlassungsrecht für jeden Bürger, genauso wie es für europäische Bürger innerhalb der G-27 gilt. Beides sind Gegenargumente gegen die hier behauptete „Mehrklassengesellschaft europäischer Bürger“: man kann sich schließlich niederlassen, wo man will und damit die Steuersätze „auswählen“, die man bevorzugt. Aber einerseits ist gerade dies die Anomalie, welche die Unterschiede nur verdeutlicht; zweitens bevorzugt sie einzelne Bevölkerungsgruppen, nämlich die Gebildeten und Mobilen; drittens gilt das Freiheits- und Individualprinzip nur bedingt, zum Beispiel nicht für französische und italienische Immobiliensteuern, die in jedem Fall im Heimatland zu berappen sind; und viertens wird die Prinzipien-Mobilität im Rahmen des Trends zur Renationalisierung von Zivilreligion zunehmend von Regierungspropaganda wie der französischen als „unpatriotisch“ geschmäht, ist also im Alltag des Bürgers so frei nicht, wie sie auf dem Papier besteht. Ähnliches wäre in den USA bei Migration zwischen verschiedenen Bundesstaaten undenkbar. Ergebnis sind tatsächlich unterschiedliche europäische Bürgerschaften – statt zusammenwachsende und sich einander annähernde, wie es im Interesse des europäischen Projekts wäre.

### VIII. Rückkehr des Sozialismus nach Europa?

Ein weiteres – und letztes – in diese Konstellation eingeflochtenes Paradoxon ist, dass Europa seit 1989-1991 hoffnungsvoll vom „Ende des Sozialismus“ zugunsten des Prinzips von Sozialdemokratie und freier Marktwirtschaft gesprochen hat, ja im Gefolge einiger US-Theoretiker der Triumph des laissez-faire Kapitalismus, der die Epoche zwischen 1991 und 2007 beherrschte, gegen den Kommunitarismus europäischer Prägung als das „Ende der Geschichte“ gefeiert wurde. Doch die Geschichte scheint zurückzukehren – und zwar mit Signalmaßnahmen wie der 75 % Steuer in äußerst selbstbewusster, ja provokativer Weise. Wohl niemals hat es eine stärkere und massivere Rückkehr des Sozialismus wie im Frankreich der Jahreswende 2012-2013 gegeben; und wohl niemals hat es mehr Geschichte – und zwar im Sinn einer neuen sozialen Polarisierung und Dialektik innerhalb der europäischen Bevölkerungen – als heute in Frankreich (und Italien) in zwei nahezu gleich starke 50:50 % Lager gegeben. Die Sorge wächst zu Recht, was daraus werden wird – und ob Europa eine ideologische Polarisierung wie den USA bevorsteht. Während die USA wie nie zuvor in ihrer Geschichte durch diese Polarisierung politisch und wirtschaftlich gelähmt werden, war die europäische Variante seit dem Fall der Berliner Mauer eine Kultur universalen Dialogs über ideologische und Parteigrenzen und eine öffentliche Vernunft der Verständigung.

Doch während viele den „Sieg des Friedens“ feiern, wie er im (zu Recht) umstrittenen Friedensnobelpreis an die EU zum Ausdruck kam, und der „Sieg des sozialen Kapitalismus“ nun laut chinesischen Dissidenten angeblich auch in China kurz bevorsteht, ist die Wahrheit für den Durchschnittseuropäer eine ganz andere: der Sozialismus kehrt durch die Hintertür zurück, und zwar viel effizienter und militanter, als dies die heutige Generation für möglich gehalten hätte. Es ist ein noch immer unterschätztes Zentralmotiv der Entwicklung, dass dies nicht trotz, sondern gerade wegen dem scheinbaren Sieg des Kapitalismus 1991 – genauer gesagt: wegen der zügellosen Feier der an sich unverantwortlichen These des Triumphs des „reinen“ Kapitalismus im Neoliberalismus *Bush'scher* Prägung, die eine historische Gegenreaktion hervorgerufen hat und nun ihre Antwort und Gegenthese verwirklicht. Dialektik mit immer weniger Synthese, auf allen Seiten – ist das also die alles prägende Grundmaxime der „reifen“ Globalisierung und ihrer „Post-Postmoderne“ in Europa? So wie sie ihren Ausdruck in Symptomen wie der französischen „Strafsteuer“ gegen Besserverdiener und dem Fall *Depardieu* findet?

Man vergesse in diesem Zusammenhang nicht, dass *Hollandes* Spitzensteuer keineswegs eine „Reichensteuer“ ist, sondern eine Steuer für „Besserverdiener“ – denn sie ist keine Vermögens-, sondern eine Einkommenssteuer. Europa war diesbezüglich aus Sicht internationaler Beobachter ja bereits in den vergangenen Jahren im globalen Vergleich ein „halb-sozialistisches“ Gebilde: Weil es nicht mehr primär bestehende Unterschiede ausgleicht, wozu seine sozialen „Ausgleichsmaßnahmen“ und seine systemische Redistribution von Wohlstand mittels der zwei zentralen Regierungsinstrumente Steuern und Staatsausgaben etwa von der „sozialen Marktwirtschaft“ *Ludwig Erhards* intendiert war, was ihm eine Vorreiterrolle in innerem sozialen Frieden sicherte, sondern nun zunehmend dazu tendiert, Errungenschaften und Nicht-Errungenschaften, Leistungen und Nicht-Leistungen sofort und jederzeit (nicht erst nach erreichter Akkumulation) gegeneinander auszutarieren – und damit das Streben nach Errungenschaften und Leistungen sowohl psychologisch wie finanziell zu neutralisieren. Angesichts die-

ser Lage beklagte sogar der mutmaßlich größte Steuererhöher Europas der vergangenen Jahrzehnte, der italienische Ministerpräsident 2011-2012 *Mario Monti*, dass die Steuerlast „unerträglich“ und „fast schon sozialistisch“ geworden sei, was eine Entwicklung sei, der man „gegensteuern“ müsse im Sinn einer „neuen, stabilen Mitte“.

Die geplante Spitzensteuer Frankreichs scheint für dieses Vorhaben kontraproduktiv, auch wenn sie nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Bevölkerung trifft. Sie ist im Gegenteil ein Syndrom der wachsenden ideologischen Spaltung der westlichen Gesellschaften zwischen den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit in eine 50:50 Gegensätzlichkeit. Diese ist bedrohlich, weil sie in ihrer Grundtendenz Extreme fördert und Demokratie verringert. Nicht erst infolge der Krise ab 2007 wird eine Erosion der westlichen Demokratie konstatiert. In der linken Diskussion stehen dafür die Namen *Agnoli*, *Poulantzas*, *Hirsch* und jüngster Zeit *Crouchs* Diagnose von der Postdemokratie. Der 52 % Sieg *Hollandes*, die wachsende 50:50 Polarisierung zwischen linken und konservativen Allianzen in Italien, aber auch die ideologische Lähmung zwischen Republikanern und Demokraten in den USA und – in der Nachbarschaft Chinas nicht zu unterschätzen – in an diese angelehnten asiatischen Demokratien, darunter Südkorea, weisen in Richtung innergesellschaftlicher Konfrontation statt Dialogizität, und in Richtung sinkender Pluralität zugunsten von Blockbildung. Wenn in dieser Konstellation „Kriegsmaßnahmen“ wie die 75 % Steuer *Hollandes* Überhand gewannen, wäre das für die globalen offenen Gesellschaften ein weiterer Rückschlag – gerade im Vergleich mit dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg autoritärer Gesellschaften wie China, das unter der neuen Führung nach dem Machttransfer 2012-2013 alles tut, um sein „meta-kommunistisches“ Modell als das bessere gegen die Demokratie zu propagieren. China wirft dem Prinzip der Demokratie eine Tendenz zur „Polarisierung“ vor, um im Zeichen von Harmonie, Kontinuität und Stabilität zunehmende Demokratiebestrebungen der neuen Mittelklasse bei sich zu verhindern. Der Trend zu einem neuen Illiberalismus, ja Sozialismus vorreformerischer Prägung mit Färbungen von Klassenkampf und „Krieg gegen Einkommensstarke“ mittlerweile in weiten Teilen Kontinentaleuropas unter dem Eindruck der Krise, vorrangig in den Verlierer- und Wackelländern, ist daher ein besorgniserregendes Symptom nicht nur für Europa, sondern für die globale Entwicklung als Ganze.

## *IX. Der neue Populismus nun auch im zweiten Euro-Führungsland neben Deutschland: Regierungs-Stimmungsmache ad personam*

Signifikant für die Gesamtentwicklung ist, dass *Hollande* mit der „Reichen“-Steuer weniger ein ökonomisches, als vielmehr ein symbolisches Signal setzen wollte – trifft die Steuer doch nach Schätzungen der Regierung nur 1500 Personen, und war sie doch vorläufig auch nur für zwei Jahre gedacht. Sie ist also, wie die Regierung im Verlauf der *Depardieu*-Polemik selbst verschiedentlich hervorhob, finanzpolitisch für die Gesundung des französischen Staatshaushalts von vernachlässigenswerter bis keiner Bedeutung, sondern vielmehr als „kontextpolitisches“ Symbol und Signal gedacht. Aber als Signal für was genau, wenn nicht für die Bewältigung der Schuldenkrise?

Für die Bestrafung von Einkommensstarken, wenn es mit ihr den mittleren und schwachen Einkommen offenbar doch nicht besser geht, da die entsprechenden Summen

in der Umverteilungslogik relativ belanglos sind? Für einen neuen „sozialen Ernst“, wie der Präsident selbst das in den Medien dominierende Wort „sozialen Krieg“ zuweilen diplomatisch variierte? Oder einfach als populistische Maßnahme weniger von Personen, sondern der „sozialistischen Bewegung“ zur Steigerung der Wählerstimmen – eine Maßnahme mit Signalwert, die jeder versteht und als sehr diffuses und generelles „Eintreten für die Nicht-so-Erfolgreichen“ interpretiert?

Man muss angesichts der Tatsachen das letztere vermuten. Die französische „Supersteuer“ 2013 war mehr Kontextpolitik und Propaganda als fiskalische Notwendigkeit und Lösungsinstrument – zum Entsetzen außereuropäischer Beobachter, die anfänglich von einem Scherz und später von einem nicht realistischen Wahlkampfversprechen, einer Handreichung an die marxistisch-leninistische Linke ausgingen, um den extrem knappen Wahlkampf 2012 zu gewinnen – was auch geschah.

Doch *Hollande* blieb konsequent und verwirklichte, was nur wenige außerhalb Europas für möglich gehalten hätten, seine Symbolsteuer zum Gesetz. Vor allem aber setzte er dabei eine ganzheitlicher angelegte, vorrangig ideologische und propagandistische Kontext- und Symbolpolitik nahtlos auf dem begleitenden argumentatorischen Gebiet: dem Gebiet der Idee, der Grundausrichtung und der Zivilreligion um. Diejenigen, die nicht der Meinung waren, dass diese Steuer gut für Frankreichs und Europas Zukunft ist, wurden öffentlich von der Regierung und einem Teil der Medien bloßgestellt, gedemütigt und ausgegrenzt. Eine neue „Mobilisierungs“-Rhetorik griff im Frankreich des Jahresbeginns 2013 um sich – etwa wenn Präsident *Hollande* von einer „Mobilmachung von allen und jedem“ in der „großen Schlacht um Sanierung und Beschäftigung“ und der Notwendigkeit einer „Veränderung um jeden Preis, koste es was es wolle“ sprach.<sup>16</sup> Abgesehen davon, dass diese „angestrenzte“ (und anstrengende) Rhetorik viel schneller „physisch“ ermüdet als jede „normale“ Argumentation: Wenn diese *Churchill*-Terminologie in Friedenszeiten um sich greift – was bleibt dann noch für echte Konfliktszenarien übrig? Wenn ein solches eintritt, werden alle schon völlig erschöpft sein – und, entgegen „postmoderner“ Hoffnungen, keinen „Widerstand“ mehr leisten können, wie es sich die „dekonstruktiven“ Philosophen Frankreichs, allesamt Linke, in ihrer zentralen Interpretation von „Geist als Widerstand“<sup>17</sup> erhofften. Für viele unabhängige Beobachter geriet weniger die Steuer an sich, sondern vielmehr die begleitende Argumentation zum Symptom des Verfalls der einstmalen so stolzen und liberalen französischen Politik- und Sozialkultur, aber auch der nie dagewesenen Notlage – und offenenbaren Nicht-Nachhaltigkeit – seiner Sozialstaat-Systeme, die inzwischen offenbar so wacklig geworden sind, dass derart extreme „argumentative“ Kampfmaßnahmen nötig werden.

Die neue Qualität der sozialen Atmosphäre, die mit der sozialistischen Regierung in Frankreich, und tendenziell beispielgebend darüber hinaus eingezogen ist, verdeutlicht die Stimmungsmache nicht nur um der Sache willen, also die Werbung für die „Reichensteuer“ – die wie gesagt in Wirklichkeit keine Reichen –, also Besitzsteuer, sondern eine Einkommens-, also Produktivitätssteuer ist –, sondern *ad personam*. Einzelperso-

16 T. Wieder: Hollande: l'emploi „coûte que coûte“. Le président demande „la mobilisation de tous“ pour inverser la courbe du chômage d'ici à la fin de 2013. In: *Le Monde*, 2 Janvier 2013, p. 1.

17 Vgl. R. Benedikter: Geist als Widerstand. In: Marburger Forum: *Philosophia online*, Juni 2003, [www.philosophia-online.de/mafo/heft2003.../benedikter\\_derrida.doc](http://www.philosophia-online.de/mafo/heft2003.../benedikter_derrida.doc).

nen, die noch gar keine Straftat begangen hatten wie *Depardieu*, auch keine Steuerstrafat, vielmehr 80 Leute beschäftigen und in 45 Jahren 145 Millionen Euro Steuern gezahlt hatten, wurden von der Regierung öffentlich bloßgestellt, verspottet und des fehlenden Patriotismus angeklagt in einer Weise, die an mobbing grenzte. Das hatte nicht einmal die mit Abstand populistischste Regierung der europäischen Nachkriegszeit, *Silvio Berlusconi* „Forza Italia“, eine nach eigener Aussage „nicht normale“ bürgerlich-rechte Persönlichkeitsbewegung mit starkem Personenkult, so eindeutig und kompromisslos ins Werk gesetzt wie die französische Regierung unter *Hollande*.

Vor allem die *ad personam* Kritik am Ortswechsel *Depardieus* geriet dabei zum – offenbar gewollten und bewussten – Zeichen einer neuen Dimension des „Kriegs gegen Steuerhinterziehung“, die bewusst die Grenzen des säkularen öffentlichen Interesses überschreitet und eine proto-missionarische, moralisch-absolutistische Färbung in Richtung propagandistische „rechtlich sanktionierte Jagdgesellschaft“ annahm. Man darf nicht vergessen, dass es keine Straftat ist, die Steuern für ein erst noch kommendes Jahr nicht vorausseilend im Ursprungsland zu bezahlen. Die öffentliche Anklage *Depardieus* durch französische Regierungsvertreter, die in Einzelformulierungen und Gestik teilweise an Rufmord grenzte, war in dieser Hinsicht eine klare Verletzung europäischer Personenrechte und eine Infragestellung des Sozialvertrags.<sup>18</sup>

Mit solcher kontextpolitischen Agitation stand Frankreich zur Jahreswende 2012-13 zwar einmalig da; doch es fehlte nicht an Vorbildern und Nachahmern. Ähnlich hatte bereits Italiens *Mario Monti*, konfrontiert mit den Verhältnissen des europäischen Landes mit der höchsten Steuerhinterziehung im Umfang von bis zu 30 % des Bruttonationalprodukts, einer ebenso großen Schattenwirtschaft und einer Korruption, die dem Land im Platz 72 im Korruptionsreport von *Transparency International 2012* sicherte, einen „Krieg gegen Steuerhinterzieher“ erklärt – und dazu proto-autoritäre Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen hart an der Grenze des Rechtsstaats erlassen, darunter die Möglichkeit, Mitbürger anonym und ohne persönliche Folgen bei den Steuerbehörden wegen bloßen „Hinterziehungsverdachts“ anzuzeigen. Nicht zuletzt wegen seiner extremen Steuererhöhungen ohne echte Strukturreformen bei gleichzeitiger „Kriegs“-Rhetorik wurde *Monti* nach anfänglicher, fast bedingungsloser Unterstützung und Hoffnung auf einen Neuanfang Italiens vom „Economist“ zur Jahreswende 2012 nicht nur scharf für die „vergebene Chance“ kritisiert, sondern auch für die Zukunft fallengelassen, weil seine Aussichten, wirkliche Reformen durchzuführen, verwirkt seien.<sup>19</sup>

18 *S. Lehnartz*: Der glücklose Monsieur Hollande. Das politische Leben in Frankreich erinnert zurzeit an eine Komödie – aber führt der Präsident wirklich noch Regie? In: *Die Welt*, 14.12.2012, [http://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article112008551/Der-gluecklose-Monsieur-Hollande.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article112008551/Der-gluecklose-Monsieur-Hollande.html).

19 *The Economist*: Monti's chances. In: *The Economist*, 30 december 2012, <http://www.economist.com/blogs/charlemagne/2012/12/italian-politics-2>. Cf. C. Soffici: L'Economist scarica il Professore. In: *Il Fatto Quotidiano*, 3 gennaio 2013, <http://www.ilfattoquotidiano.it/2013/01/03/leconomist-scarica-il-professore/460483/>.



## X. Das Ergebnis: Renationalisierung?

Dazu kommt zu guter Letzt, dass die Sonderallianz Frankreich und Italien gleichzeitig mit den höchsten Steuererhöhungen in der Geschichte die Sparziele der Euro-Zone aufweichen will, wie sie auf dem EU-Gipfel vom Dezember 2012 programmatisch vorbrachten, wodurch ein Streit mit Deutschland, Holland, Dänemark und Österreich ausgelöst wurde. Auch hier offenbarten sich völlig unterschiedliche Vorstellungen von Krisenbewältigung. Verkürzt gesagt, wollten die Gewinnerländern Sparen mit, soweit national nötig, fiskalischen Maßnahmen; die Wackelländer (Frankreich) und Verliererländer (Italien) fiskalische Maßnahmen ohne Sparen, also Steuererhöhungen mit gleichzeitig neuen Schulden und „Ankurbelungsausgaben“ des Staates zur Revitalisierung der eben durch die Steuererhöhungen und dem daraus resultierenden fehlenden Konsum (in Italien zum Beispiel zwischen -25 % und -30 % im Weihnachtsgeschäft 2012) darniederliegenden Wirtschaft. Da die Vorstellungen zwischen Gewinner- und Verliererstaaten derart weit zwischen konservativen Sparmentalitäten und sozialistischer Ausgabenfreude auseinanderlagen, war es keine Überraschung, dass auch der EU-Gipfel vom Dezember 2012 ohne wesentliche Ergebnisse vertagt wurde.

Dass *Hollandes* Extremmaßnahme der „Supersteuer“ zur Vermeidung von EU-Hilfen nach dem Prinzip „jeder für sich“ statt „alle für einen“ kein Einzelfall ist, beweist aber nicht nur Italiens Steuerextase, sondern auch Spanien. Es greift seinerseits zu Extremmaßnahmen, die seine Zukunft langfristig gefährden – weil es sich von einer Hilfe Europas, also seiner eigenen Währungszone, eher Nachteile als Vorteile erwartet!

„Spanien plündert Pensionskasse. Spanien hat in seiner Finanznot den Reservefonds der Sozialversicherung geplündert. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Regierung damit die eigenen, riskanten Staatspapiere gekauft – sich also quasi selbst Geld geborgt. Damit sollten offenbar die harten Auflagen bei EU-Hilfen vermieden werden, so das Wall Street Journal“. Inzwischen sei der Topf fast leer. Mindestens 90 % des ursprünglich 65 Milliarden Euro schweren Fondsvermögens wurden zweckentfremdet. Wie die spanischen Pensionen künftig bezahlt werden sollen, ist unsicher. Noch 2011, zu Beginn des drastischen Sparkurses, hatte *Premier Rajoy* ‚würdige Pensionen‘ als unverzichtbare Verpflichtung bezeichnet.<sup>20</sup>

Dass in Spanien während der Finanzkrise öffentliche Selbstverbrennungen aus „Steuerverzweiflung“ stattfanden, darunter mehrere innerhalb weniger Tage zu Jahresbeginn 2013, und in Italien „Steuerselbstmorde“ seit Jahren an der Tagesordnung sind, geht angesichts solcher Systembedrohungen in den Gewinnerländern des Euro fast unter.

Nimmt man all diese Aspekte zusammen, dann scheinen wir in Wirklichkeit nicht auf dem Weg zu einem vereinten Europa, sondern ganz im Gegenteil zu einer massiven „natürlichen“ Renationalisierung von Einzelpolitiken, unter anderem mittels *ad hoc* Allianzen wie der französisch-italienischen zur Aufweichung des eben erst unter großen Opfern bestätigten Stabilitätspaktes. Dies ist in wesentlichen Teilen die Folge der fehlenden Solidarität der Gewinner- mit den Verliererstaaten. Oder wie es der unter der neutralen Oberfläche stark nationalistische „Techniker“ *Mario Monti*, der die autonomen Provinzen Italiens im Norden, darunter Südtirol, entgegen Verfassungsrecht wie Melkkühe und Vasallen behandelte und sie sogar aufforderte, eine „verantwortliche

Autonomie“ zu fahren, das heißt über die 1 Milliarde Strafsteuer auf Erfolg und Schuldenlosigkeit zu bezahlen, ausdrückte: „Italien wird niemals Hilfe von irgendjemandem anfordern, weil es Italien ist. Italien braucht keine Hilfe“. Ähnlich Frankreich – bei immer weitergehender Antipathie zu Deutschland, welches das Sparen nicht nur für sich, sondern auch für andere einfordert.

In dieser Lage ist es die große Selbstlüge der Gewinnerstaaten, sich Normalität einzureden – und zu diesem Zweck die Krise von sich selbst wegzureden. Die damit verbundene Logik lässt sich in der einen Frage zusammenfassen, die vor allem im deutschsprachigen Finanz- und Wirtschaftsbereich dominiert: Handelt es sich bei der heutigen Krise Europas um einer Krise *der* Eurozone, oder um eine Krise *in* der Eurozone? Vor allem deutsche Experten, Analytiker und Politiker meinen, mit dieser Unterscheidung suggerieren zu müssen, der Euro sei als solcher gesichert, etwa nach den Aussagen von EU-Zentralbankpräsident *Mario Draghi* vom Sommer 2012, es werde kompromisslos alles getan, um den Euro zu retten, woraufhin die Börsenkurse der Gewinnerländer kontinuierlich über das gesamte weitere Halbjahr 2012 zulegten – und die Krise betreffe nur einzelne innerhalb der Eurozone. Was die Verliererländer dieser Frage und der Antwort entnehmen, ist: ihr seid allein. Ihr müsst euch selbst helfen. Der Euro als solcher ist gesichert; aber ihr habt eine Krise, die die anderen nicht begriff, also müsst ihr – mit Extremmaßnahmen wie der Spaniens – euer Haus selbst in Ordnung bringen, koste es was es wolle, und greife es auch die Strukturgrundlagen und damit die langfristigen Zukunftsaussichten an. Das ist die Botschaft der Gewinnerstaaten, die bei den Verliererstaaten ankommt – und neuerdings auch bei „Wackelkandidaten“ wie Frankreich, dessen Antwort eine „koste es was es wolle“ und „um jeden Preis“ Rhetorik ist. In Wirklichkeit ist die Frage aus Sicht eines einigen Europas, ja sogar bereits nur aus Sicht einer gemeinsamen Währungszone Nonsens und Ausdruck von falschem Krisenmanagement: Wer eine Währung teilt, teilt auch die Krise. Wenn es eine Krise in der Eurozone gibt, dann ist es automatisch zugleich eine Krise der Eurozone – zumindest zeitverzögert und mittelfristig. Deutschland beginnt, dies Anfang 2013 zu begreifen, da sich seine Konjunktur eben entscheidend im Gefolge der weitergehende Krise der „alleingelassenen“ Südländer nun drastisch abzukühlen beginnt. Die Krise betrifft die Gewinnerstaaten also auf Umwegen und mit Verzögerung genauso.

Mit der schleichenden Renationalisierung Europas zerbrechen seine ohnehin erst zarten Versuche der Erzeugung eines gemeinsamen Ursprungsmythos, eines europäischen Narrativs, einer gemeinsamen „großen Erzählung“. Der „europäische Traum“, den nicht zufällig keine Europäer, sondern Amerikaner wie *Jeremy Rifkin* Gestalt und Ausdruck gaben, ist ebenso in Gefahr wie der amerikanische – nur ist letzterer eine ideelle Realität, die ihrerseits Realität schafft, seit 250 Jahren, ersterer den meisten Europäern nicht einmal bekannt. Sind die USA also, wie Europa unter anderem mit dankbarer Mithilfe „alternativer“ Amerikaner wie *Rifkin* in den vergangenen Jahren oft betonte, „der letzte Nationalstaat“ – und das entscheidend mittels des Instrument der Währungseinheit entstehende Europa das „transnationale Gebilde einer Einheit in Verschiedenheit“, das den Nationalstaat erstmals in der modernen Geschichte transzendiert und damit die Avantgarde der künftigen Multi-Staaten-Weltgemeinschaft darstellt?

Die Idee ist gut. Aber in der Realität ist eher das Gegenteil der Fall: Die USA sind kein klassischer Nationalstaat, sondern das genaue Gegenteil: der erste staatliche Versuch zu einer „vereinten Menschheit“, die jede Herkunftsgeschichte, Ursprungsmythos-

logie, ethnisch-kulturelle Identität und Nationalität transzendiert und in eine „höhere“, nämlich rein individualistische Zivilreligion überführt – wo nur der Einzelne, was er ist, was er kann und was er will gilt. Europa hat bislang keinerlei solche – wie in den USA als unmittelbar lebendig erlebte – einigende Zivilreligion. Es ist, wie der Fall *Depardieu* zeigte, nicht auf dem Weg zur Einheit, sondern eher zur Re-Nationalisierung. Nie in der Eurokrise konnte man deutlicher sehen, wie nach wie vor nationale Interessen, nicht das europäische Ganze das Spiel bestimmen – zur (heilsamen) Desillusionierung vieler. Dass Problem ist, dass ohne echte Politik- und Steuerunion Europas das gesellschafts- und richtungspolitische Dilemma, das sich im Fall *Depardieu* kurzzeitig „verkörperte“, aber mit ihm nicht endet, nicht zu lösen ist. Von einer stärkeren Union aber scheint Europa, wie die angeführten Entwicklungen zeigen, im siebten Jahr seiner Krise weiter denn je entfernt.

## XI. Verengung der Ideale der französischen Revolution?

Sicher ist: Angesichts des freien Niederlassungsrechts für europäische Bürger innerhalb Europas grenzte das Verhalten der französischen Regierung gegen *Depardieu* an mobbing. Offensichtlich befürchten *Hollande*, *Ayrault* und Co., das Beispiel *Depardieu*-Syndrom könne – nachdem viele prominente Franzosen bereits aus denselben Gründen ins Ausland flüchteten – weiter Schule machen. Vor allem schienen sie zu fürchten: Es decke die Absurdität der 75 % Steuer in der grundsätzlichen Systemdimension auf, darunter auch Teile der sogenannten „linken Reformpolitiken“, die bislang zumeist in den romanischen Ländern praktisch ausschließlich aus Steuererhöhungen bestanden, sowie aus der Erhöhung der Steuerabstände zwischen den „Klassen“.

Daher war die Strategie der *Hollande*-Regierung gegen *Depardieu* offenbar: „Wehret den Anfängen“, um keine Wähler im Populismus-Kampf zu verlieren, dem sich auf der einen Seite zentral ihre „Supersteuer-Maßnahme“ verdankte; der andererseits aber in *Depardieu* aufgrund seiner außerordentlichen Popularität und Identifikationskraft als „Ikone des Franzosentums“ ein ebenbürtiger, ja gefährlicher Gegner erwachsen war. Umso extremer war die öffentliche Erniedrigung *Depardiens* durch die *Hollande*-Regierung – ein Fall an der Grenze europäischer Politik- und Sozialkultur. Bei solchem Verhalten an einem „Blitzableiter“ war es kein Wunder, dass *Depardieu* ankündigte, seinen Pass abgeben zu wollen, weil der französische Staat seine Rechte als europäischer Bürger verletze.

Aber über diese Verschiebungen und Turbulenzen hinaus reichten die Vorgänge tiefer in das Herz europäischen Selbstverständnisses hinein – welches, wie man meinen mag, inzwischen von den europäischen Partnern weitgehend vergessen scheint.

Die drei Leitbegriffe am Ursprung der französischen Revolution waren Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Diese drei Begriffe waren gleich wichtig gemeint, da sie alle drei ihre Funktion, ihren unverzichtbaren Platz im Ganzen einer dynamisch-freiheitlichen, und als solcher bewusst person- und individualitätszentrierten Gesellschaft hatten. Erst in ihrer ausgewogenen, gleichberechtigten Balance und Interaktion konnte eine fortschrittliche, menschengerechte Gesellschaftsordnung entstehen. Doch das sozialistische Frankreich heute nimmt eine Überbetonung von Gleichheit mittels des zum Sozialregulativ verkommenen Instruments autoritär verordneter Brüderlichkeit (von

*Hollande* vielsagend auch „vom Volk verordneter Patriotismus“ genannt) auf Kosten der Freiheit vor. Ein Gegenbild des heutigen Amerika fürwahr!

Mit dem möglichen Sieg der Linken bei Neuwahlen, die nach der Pattstellung in der Parlamentswahl vom 24.-25. Februar 2013 auf mittlere Sicht wahrscheinlich sind, sind weitere Fälle wie *Depardieu* in Frankreich nun auch in Italien zu erwarten. Es ist das wachsende Ungleichgewicht zwischen Gleichheit und Freiheit, das auch in den kommenden Jahren, und über Frankreich hinaus, eine neue innereuropäische Migration antreiben wird. Die Siegerländer der Euro können sich auf viele Berühmtheiten einstellen, die zu ihnen aus den Verliererländern abwandern werden. Wieviel das zu ihrem Glück beitragen wird, ist eine andere Frage.

## *XII. Fazit*

Dass der französische Verfassungsrat am 29. Dezember, wenige Tage vor Inkrafttreten, *Hollandes* „Reichensteuer“ als nicht verfassungskonform einstufte und damit temporär suspendierte, ändert an den an ihr und am Fall *Depardieu* zutage tretenden Verhältnissen sowie der hier im Grundsätzlichen versuchten Argumentation im Ganzen nichts.

Dies erstens deshalb, weil die Einführung der Steuer trotzdem wahrscheinlich bleibt, wenn auch mit einigen Adjustierungen. Zweitens, weil weniger die Steuer selbst, als das Vorhaben und der Prozess ihrer Einsetzung symptomatisch für eine problematische Krisenentwicklung Europas ist.

Dass *Finanzminister Pierre Moscovici* unmittelbar nach dem Urteil des Verfassungsrates versicherte, die Suspendierung der Steuer gefährde die Sanierung des französischen Staatshaushaltes nicht, verwunderte angesichts ihres offensichtlich eher symbolischen und propagandistischen denn fiskalischen Werts niemanden. Das negative Urteil des Verfassungsrates, dass „die Steuer die Gleichheit betreffend öffentliche Lasten“ nicht ausreichend beachte, war weniger grundsätzlich gemeint, als es zunächst klang: der Verfassungsrat machte eher technische denn grundsätzliche Gründe für die Suspension geltend – darunter die Notwendigkeit, nicht Einzelpersonen, sondern Haushalte für die Berechnung der Steuer heranzuziehen (was die Anzahl der Zahlenden eher erhöht als vermindert) sowie die Methoden, wie die Steuer in Einzelfällen berechnet wird, einschließlich der Abzugsmöglichkeiten im Vergleich zu den anderen Steuersätzen. Die logische Antwort der Regierung war, das Gesetz sogleich entsprechend anzupassen, aber im Kern aufrechtzuerhalten, da die Grundberechtigung der Maßnahme vom Verfassungsrat nicht in Frage gestellt werde. Wie *Premierminister Ayrault* sagte, wird die Regierung die Steuer in neuer Form, aber im Kern unverändert, sobald möglich einführen.

Ungeachtet dieser nun auch verfassungsrechtlichen Kontroversen um das 75 % Steuergesetz zeigt der Fall *Depardieu* in grundsätzlicherer Blickrichtung, dass Europa im Gefolge der mittlerweile mehr als sechsjährigen Dauerkrise seit 2007 nicht nur zwischen Euro- und Nicht-Euroländern, sondern auch in Gewinner- und Verliererstaaten des Euro auseinandergefallen ist. Frankreichs Angst, von der Gewinner- in die Verliererzone abzurutschen, führte seit dem Wahlkampf 2012 in Gestalt der 75 % Spitzensteuer zu einer „Mobilmachung gegen Besserverdiener“. Manche erwarteten sich davon nicht nur einen

„Aufbruch Frankreichs“, sondern einen „Aufbruch Europas“ in eine „andere“ Lösung der Schuldenproblematik: weniger „austerität“, mehr „Rechenschaft der Reichen“.

Doch die 75 % Steuer der französischen Sozialisten ist, ob und wie immer sie auch verwirklicht werden wird, das falsche Signal für Europas Zukunft. *Francois Hollandes* sozialistischer „Krieg gegen Reiche“ ist kein geeigneter Weg aus der Krise. Es ist kein Befreiungsschlag und kein Schritt vorwärts, sondern im Gegenteil ein Rückschritt in die Vergangenheit und nur Ausdruck der eigentlichen Tiefe und Spannweite der europäischen Krise.

Die meisten Europäer haben es längst verstanden: Steuern sind nicht nur Steuern, sondern auch globale Signale. Frankreichs „Supersteuer“ ist aber nicht nur ein problematisches sozialpsychologisches Signal Europas an die Welt, sondern auch ein falsches Signal an Europas Jugend. Diese blickt in eine Zukunft, die aus der Kombination von Rekordarbeitslosigkeit mit der Tendenz zu Rekordsteuern zu bestehen scheint, ohne dass daraus wirkliche Lösungsperspektiven entstehen. So sehr das Bemühen um eine ausgewogene Steuer- und Belastungspolitik im Schatten der Krise Europas, das ohne Zweifel zu lange über seine Verhältnisse gelebt hat, richtig und notwendig ist, so falsch ist die Tendenz zu einem neuen „sozialen Krieg“, zu Neidkultur und Hexenjagd, die sich heute zumindest in einigen Krisenländern Europas durchzusetzen scheint.

Unabhängig von ihren unmittelbaren und direkten Folgen sind die französischen Versuche zu einer 75 % Spitzensteuer Ausdruck einer Kultur- und Gesellschaftsatmosphäre, die die Ummünzung von Talent und Erfolg in monetäre Maßstäbe als moralisch verwerflich ansieht, deshalb ganze Bevölkerungsgruppen als ethisch zweifelhaft brandmarkt, doch damit die unter dem Druck der Krise herrschende soziale Unruhe eher verschärft, statt sie zu befrieden. *Hollandes* und *Ayraults* öffentliche Ethikargumentation gegen Einzelpersonen spricht dem demokratischen Prinzip Hohn, demzufolge ein Staatsführer, ungeachtet seiner Wählerschaft, nach der Wahl für alle Bürger seines Landes Verantwortung trägt und ihnen gleichermaßen dient. Sie ist ein Beispiel der Rückkehr einer Regierungspsychologie, die einen Teil der Bevölkerung gegen einen anderen ausspielt, wobei sie nicht über den Gruppen, sondern auf einer bestimmten Seite in einem „Klassenkampf“ stehen zu müssen meint, den sie zu einem „Steuerkampf“ stilisiert. Das ist nicht nur im Blick auf die langfristige Entwicklung Europas wenig weise, sondern im Kern mit dem Ausgleichs- und Integrationsprojekt Europas inkompatibel und letztlich für die Vertreter dieses Vorgehens peinlich – wie die außereuropäische Welt bei aller Sympathie für Europas notwendige Reformen empfindet.

Was bedeutet das? Es bedeutet: Europa geht derzeit durch Extreme. Das Pendel, das bezogen auf Schulden und Steuermoral bisher in Richtung Leichtsinn und fehlende Sorgfalt ausschlug, schlägt jetzt in das andere Extrem: in übertriebene Kriminalisierung und Jagdstimmung um. Steuern von 75 % sind nur das andere Extrem der bisherigen laissez-faire Haltung mit Steuerparadiesen, Unternehmens- und Reichenprivilegien – also der „Globalisierungsfalle“, die nun einer neo-sozialistischen „Ideologiefalle“ zu weichen droht. Beide Extremvarianten sind abzulehnen. Es geht für Europas Zukunft nicht um Extreme, und seien sie scheinbar noch so sehr in öffentlichem Interesse, sondern um das Finden einer rationalen, ausbalancierten und vernünftigen Mitte, eines neuen „common sense“ als Basis für den Weiterbestand des europäischen Gesellschaftsvertrags. Dieser wurde einst zu Recht als exemplarisch für die Welt propagiert, ist heute aber sichtbar in Krise. Die *Hollande*-Regierung hat zu dieser Krise mit ihrer

75 % Steuer ihren Teil beigetragen. Sie hat mit ihren Extremmaßnahmen, noch mehr aber mit ihrer öffentlichen Bloßstellung von Personen die Mitte des gesellschaftlichen common sense verlassen. Doch auch nach der Abstrafung durch den Verfassungsrat scheint sie, wie ihre Diskursmuster zeigen, weiterhin dazu bereit, die Grundsätze der Freiheit und der Individualität grundsätzlich zugunsten des Vorrangs der Gleichheit zu beschneiden – womit der Grundsatz der Brüderlichkeit zugunsten von „Kampfmaßnahmen“ zurücktritt.

Damit aber gerät die Polemik um die französische Spitzensteuer zu einer Kulturfrage nicht nur des auf den trinitarischen Grundsatz „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ gegründeten demokratischen Frankreich, sondern ganz Europas. Denn eine entscheidende Frage für Europas Zukunft wird sein, wie es die Gleichberechtigung, Gleichbedeutung und wechselseitige Stützung der drei ideen- und handlungsleitenden Ideale der französischen Revolution, die kein bloßer Slogan sind, sondern das Programm einer ausgewogenen, guten Gesellschaftsentwicklung umreißen, sicherstellen kann. Das Wichtigste ist die Einsicht: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit können auf Dauer ohne einander nicht sein. Umgekehrt gilt: die Akzentuierung eines der drei Prinzipien auf Kosten der anderen schwächt letztlich auch dieses. Alle drei Prinzipien müssen sich gegenseitig stützen, um zu bestehen. Wer 75 % Steuern für einzelne Bevölkerungsgruppen einführt, um Gleichheit zu akzentuieren, beschneidet das Prinzip der Freiheit und gefährdet die Brüderlichkeit an der Grundlage des Gesellschaftsvertrags. Dass auch der Verfassungsrat zumindest in Ansätzen in diese Richtung argumentiert, sollte den regierenden Sozialisten zu denken geben.

Warum also war das „*Depardieu*-Syndrom“ des Frankreich der Jahreswende 2012-2013 nicht einfach nur ein innergesellschaftlicher Streit unter vielen, sondern darüber hinaus Teil der Gesellschaftssymptomatologie Europas? Und warum lohnt sich die genauere Betrachtung derartiger und ähnlicher Symptome, die uns in Europa in den kommenden Jahren voraussichtlich erwarten?

Weil sie zentrale Elemente von Europas Zustand abbilden, aus denen Politik und Öffentlichkeit lernen können. Der große Ideenkampf, der Europa bereits in den vergangenen Jahren charakterisiert hat und der die kommenden Jahre in verschärfter Weise prägen wird, ist der Kampf zwischen den Prinzipien der Gleichheit und der Freiheit. Europa wird versuchen müssen, die Balance zwischen beiden zu finden. Es ist dabei weitgehend auf sich selbst angewiesen, da die restliche Welt – bei aller berechtigten Kritik an Europas Krisenmanagement – wenig Vorbilder anzubieten hat. Die USA werden sich, während Europas Krise weitergeht, vielleicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte bewusst, dass sie das Prinzip der Freiheit zuungunsten der Gleichheit überbetonen, und dabei die Brüderlichkeit geopfert haben; und China steht seinerseits kurz vor der sozialen Implosion. Ähnliche Umbrüche durchleben die meisten anderen Weltgegenden. Europa ist da nicht die Ausnahme, sondern nur die Bestätigung der Regel: die Globalisierung hat einer 20jährigen Inkubationszeit einen kritischen Sättigungsgrad erreicht, der nun in faktisch allen Weltgesellschaften zu grundlegenden Veränderungen führt, einschließlich Gegenreaktionen und innerer Kämpfe.

Dass Europa die damit verbundene Herausforderung annimmt, auch Randoptionen auslotet und sich innergesellschaftliche Diskussion nicht erspart, ist im Prinzip zu begrüßen. Doch extreme Steuermaßnahmen, kombiniert mit einer neuen öffentlichen Jagdrhetorik wie im Fall *Depardieu*, bewegen sich nicht mehr im Rahmen rationaler

Spielräume, sondern faktisch hart an der Grenze zur Beschneidung der einigenden, integrativen Kraft der Zivilreligion der Demokratie. Diese ist zentral auf die Balance zwischen Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit gebaut. Diese Balance sollte bewahrt werden. Die ideelle Anpassungs- und Einigungskraft von Zivilreligion sollte nicht durch einen Belastungs-„Krieg“ zwischen sozialen Gruppen ersetzt werden. Doch *Hollande* hat diesen mit seiner „Signalsteuer“ einzuleiten versucht. Wenn es, ungeachtet der vielen Vorzüge, genau das große Manko Europas im Vergleich mit anderen großen Weltregionen wie etwa Amerika, China oder Lateinamerika ist, keine explizite, anziehungsfähige und einigende Zivilreligion (oder „europäischen Geist“) zu besitzen, was seine „Resilienzfähigkeit“ gegenüber Krisen schon bisher entscheidend geschwächt hat (weil niemand weiß, was „Europa“ eigentlich ist, und die Idee bislang wenig anziehungsfähig ist, im Gegensatz etwa zu „Amerika“ oder „China“), dann haben Frankreichs Sozialisten dieser Zivilreligion möglicherweise einen weiteren Stoß versetzt in Richtung eines Klassenkampfes, in dem Ideologie statt Vision dominiert – und den niemand wollen kann.

### XIII. Ausblick

Zusammenfassend lautet das Fazit: Der Steuerprotest des für Frankreichs Ikonologie und Selbstverständnis wichtigen Schauspielers Gerard *Depardieu* zur Jahreswende 2012-13 hat über Frankreich hinaus eine Diskussion ausgelöst, die hinter einige (sicherlich nicht alle) Kulissen der gegenwärtig erst – durch Krisenwehen hindurch – im Entstehen begriffenen europäischen Gesellschaft blicken lässt.

Frankreichs Spitzensteuer-Beschluss, obwohl temporär suspendiert, schadet Europa. Er ist aus Sicht der übrigen Welt nicht Ausdruck von wachsender Gerechtigkeit, sondern Bestätigung der mittlerweile sprichwörtlichen Rede seines Niedergangs. Der „Fall *Depardieu*“ ist ein Symbol für eine besorgniserregende Entwicklung Europas, die seine Wettbewerbsfähigkeit schwächt und seine Talente ins Ausland treibt. Das kann Europa nicht wollen. Während zweifellos alle Seiten, einschließlich *Depardieu*, im Verlauf des Diskussionsprozesses zur Einführung des Gesetzes argumentativ übertreiben, steht hinter dem Fall des zum „Kulturakt“ stilisierten Steuerprotests der französischen Ikone doch ein gesellschaftlicher Prozess, der Ausdruck einer umfassenderen europäischen Zeitsymptomatologie ist.

Der Unternehmer *Depardieu* mit 80 Angestellten mag dabei, für sich und als Person genommen, für das Gesamtbild ein nur begrenzt aussagekräftiges Beispiel sein, das, weil in der glamourösen Unterhaltungsindustrie und globalisierten Aufmerksamkeitsökonomie angesiedelt, als solches nur bedingt gesellschaftlich repräsentativ ist. Die Filmindustrie ist in allen Ländern wie eine *global city*: meist herausgelöst aus dem regionalen Kontext und nach eigenen Gesetzen operierend, die sich weit eher nach dem Weltmarkt als der beherbergenden Nation richten. Außerdem ist Frankreich mehr als andere europäische Länder seinem kulturellen Selbstverständnis nach ein Film-land. Daher geriet *Gerard Depardieu* zur nationalen Ikone und zu einem Identifikationssymbol für viele Franzosen, die völlig anderen Einkommensklassen angehören. Frankreich ist zudem ikononabhängiger als andere europäische Länder aufgrund seines historisch-heroischen Selbstverständnisses; und mehr als anderswo sind daher hier Ikonen nicht

Gebäude, Kunstwerke oder Orte, sondern Personen. *Gerard Depardieu* ist typologischer Ausdruck des „Ur-Franzosen“, so wie vorher *Jean Gabin*, *Jean-Paul Belmondo* oder in Deutschland seinerzeit vielleicht *Heinz Rühmann*, und er ist auf diese Weise eine Art nationales Gut – so wie *Catherine Deneuve*, *Jean-Paul Belmondo* oder *Brigitte Bardot*. Ähnliches existiert in Deutschland kaum, und daher auch nicht die Sensation einer Abwanderung. Wenn etwa *Michael Schumacher* ebenfalls aus Steuergründen in Schweiz abwandert, ist dies für die deutsche Kultur- und Sozialpsychologie nur eine Randnotiz.

Dass der Fall *Depardieu* in der Öffentlichkeit überproportional wahrgenommen und diskutiert wurde, hat also zweifellos mit Spezifika des französischen Systems zu tun, die nicht unbedingt repräsentativ für Europa sind. Dass der Fall auch in Deutschland ungewöhnlich stark wahrgenommen wurde, hängt unter anderem mit der französisch-deutschen Sonderbeziehung zusammen. Die überproportionale Wahrnehmung liegt aber letztlich vor allem daran, dass der „Kampf“ zwischen dem Schauspieler und dem Präsidenten für viele, die der Politik müde sind, mit Genugtuung aufgenommen wurde, da in Europa die Lust auf Rebellion derzeit groß ist. Die Suspendierung des Gesetzes durch den verfassungsrat wurde daher von den Medien groß als „Sieg *Depardieu* gegen *Hollande*“ verkauft, was der Realität natürlich nicht entspricht.

In Wirklichkeit war der Fall *Depardieu* letztlich Ausdruck von dahinterliegenden, tieferen Problemkreisen Europas, die mindestens siebendimensional sind und nach sechs Jahren nicht enden wollender Krise nicht mehr nur von einer kopfschüttelnden internationalen, sondern auch von einer europäischen Öffentlichkeit weniger wahrgenommen als vielmehr empfunden wurden. Der Fall *Depardieu* „verkörperte“ diese Problemkreise gewissermaßen dreidimensional und anschaulich so, dass abstrakte und umstrittene Sachverhalte eine greifbare, direkt verständliche symbolische Form annahmen.

#### *Wo liegt die Perspektive?*

Sie liegt im Verzicht der französischen Regierung auf das 75 % Signal und in einem Lerneffekt Europas. Die Auswirkungen des Falls *Depardieu* werden zeigen, dass der Steuer-Extremversuch der französischen Regierung, wie nicht selten in der Geschichte, das Gegenteil dessen erreicht hat, was sie erreichen wollte: dass er nämlich in einem behutsameren Umgang mit Steuern als Kultur- und Gesellschaftssignalen und einer besseren innereuropäischen Abstimmung von Fiskalmaßnahmen resultieren wird. Statt „Patriotismus“ in sozialistisch-kommunitarischer Façon zu stärken und damit zumindest indirekt eine Renationalisierung zu unterstützen, die derzeit in vielen Ländern Europas unter dem Eindruck des „jeder für sich“ Sanierungsprinzips im Trend liegt, könnte der Fall *Depardieu* im Gegenteil auf die Entkoppelung von nationaler Herkunft von europäischer Identität hingewirkt haben. Er könnte einer größeren Anzahl von Menschen als bisher gezeigt haben, dass wir in Zukunft einen europäischen Pass ohne Länderzugehörigkeit brauchen, wie in den USA – und dass dies das Ziel europäischen Fortschritts wird sein müssen.

*Was bleibt? Und was wird geschehen, wenn die Steuer entgegen aller Bedenken, wie von der Regierung geplant, doch noch eingeführt wird?*

Der Prozess rund um die 75 % „Strafsteuer“ hat eines geklärt: Eine 75 %ige Steuerlast ist nicht Gleichheit, nicht Freiheit, und sie dient auch nicht der Brüderlichkeit. Sie ist im Gegenteil – und paradoxerweise – aus gesamteuropäischer Sicht Ausdruck des Trends zu einer neuen Ungleichheit, und zwar einer institutionellen und nationalen Un-



gleichheit europäischer Bürger, die ebenso problematisch ist wie die wachsende Einkommensschere. Letztere wird durch erstere nicht bekämpft werden können.

Soziale Friedens- und Ausgleichsargumente sowie gesellschaftliche Umverteilung zur Gleichheits- und Brüderlichkeitssicherung sind und bleiben wichtig, ja zentral für Europas zu Recht eigenständige „kantianische“ Entwicklung. Sie dürfen aber nicht um den Preis der Beschneidung von Freiheit zugunsten von Gleichheit erkaufte werden – auf Kosten der Brüderlichkeit. Europa sollte, seiner eigenen Tradition folgend, von radikalen „alles oder nichts“ Ideen Abstand nehmen.

Greifen jedoch stattdessen derartige Ideen, die nicht nur in der 75 % Steuer Frankreichs Gestalt annehmen, auf andere Länder über, geht Europa nun in der Tat nach vielen negativen Prophezeiungen auch faktisch schwierigen Zeiten entgegen. Denn es bedroht damit seinen gesellschaftlichen Konsens und die Kraft seiner bislang einmaligen, aber mittlerweile zumindest teilweise von der Selbst-Subversion bedrohten Zivilreligion.

Diejenigen Kräfte, die nicht – wie mittlerweile viele andere – nach offener oder verdeckter, schneller oder schleichender Renationalisierung Europas streben, sondern in nüchterner und rationaler Weise für eine realistische Einheit eintreten, sollten dieser Entwicklung entschlossen gegensteuern. Denn die Europäer können das gemeinsam (noch), wenn sie wollen. Der erste Schritt dazu ist der Abstand von Extremmaßnahmen und die gemeinschaftliche, EU-weite Maßregelung von Regierungen, die zu solchen greifen. Das sollte soziale und klassenkämpferische Maßnahmen wie die 75 % Spitzen-Einkommenssteuer Frankreichs einschließen – in welcher Weise sie nun auch realisiert, oder zu guter Letzt doch noch vermieden werden mag.